

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Ami III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz. Redaktionsschluß: Sonnabend.

## Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Gescheiterte Verhandlungen. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Macht der Unternehmer und ihre Bekämpfung. Arbeiter, II. Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. — **Allgemeines:** Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1910, I. Streik in Höxter a. d. Weser. Gautag in Hildesheim. Ortsberichte: Berlin, Labr, Leipzig, Meißen. — **Der Lithograph:** Die Lithographin, V. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Die internationale Hygiene-Ausstellung, IV. Vom Bäckertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Gesperrt.

**Berlin.** Die Firma Harry Bunzel hat alle organisierten Zeichnerinnen und Zeichner gekündigt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Kassel.** Firma Wenderoth für Lithogr. u. Steindr. Leipzig ist für Lithograph. u. Steindr. gesperrt.

**Schiettau.** Die Firma Gebr. Pilz hat die Lithogr. und Steindr. ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Lohnbewegungen.

**Fürth.** Die Differenzen in der Firma Bing sind durch Verhandlungen geregelt.

## Gescheiterte Verhandlungen.

Schneller als gedacht ist es zwischen dem Schutzverband und unserer Organisation zu Verhandlungen über die Forderungen unserer Leipziger Kollegen gekommen. Schon am Montag nach der Einreichung der Kündigungen in Leipzig, also am 11. September, fand eine vorbereitende Besprechung zwischen Vertretern der Zentralen des Schutzverbandes und unserer Organisation statt, die die Verhandlungen für Freitag, den 15. September vormittags 11 Uhr nach dem Papierhause in Berlin anberaumte. An diesen Verhandlungen nahmen von unserer Seite mehrere Vertreter des Hauptvorstandes und der Redaktion sowie sämtliche Mitglieder der Leipziger Lohnkommission, von der Seite des Schutzverbandes mehrere Vorstandsmglieder, die Kreisvertreter aus Hannover, Mainz und Nürnberg sowie drei Vertreter der Leipziger Prinzipale teil. Die Verhandlungen, die sich bis 5 1/2 Uhr nachmittags hinzogen, wurden vor der Mittagspause durch den Schutzverbandsvorsitzenden Wundsch und nach der Pause durch Kollegen Sillier geleitet. Trotz der langen Dauer kamen nur die beiden ersten Punkte der Leipziger Forderungen — Arbeitszeit und Mindestlohn — zur Verhandlung. Eine Einigung wurde in keinem Fall erzielt. Die erste Verhandlung ist mithin gescheitert.

In Bezug auf die Arbeitszeit forderten die Kollegen bekanntlich, daß sie für Lithographen einschließlich der Korrekturlithographen 8 Stunden, für Steindrucker 8 1/2 Stunden und für das Personal an den Rotationsmaschinen 8 Stunden täglich nicht übersteigen dürfe. Die Unternehmer erklärten sich zur Festsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 53 1/2 Stunden bereit. Da diese im allgemeinen tatsächlich bereits eingeführt und in vielen Städten eine noch niedrigere Durchschnittsarbeitszeit für Steindrucker längst erreicht ist, war der Vorschlag für die Gehilfenvertreter natürlich völlig un diskutierbar. Die Unternehmer zogen sich daraufhin zurück und erklärten sich dann »zur Wahrung des Friedens« zu einer Verkürzung

der wöchentlichen Arbeitszeit für Steindrucker auf 53 Stunden bereit; für Korrekturlithographen solle dieselbe Arbeitszeit gelten und für Rotationsmaschinenmeister keinerlei Ausnahme gemacht werden. Auch dieses Zugeständnis, das einer Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde gewöhnlich gleichgekommen wäre, war für die Gehilfenvertreter unannehmbar. Um jedoch auch ihrerseits die Friedensliebe zu dokumentieren, erklärten sie sich im äußersten Falle mit der Festsetzung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 52 Stunden einverstanden; sie ließen also für den Fall, daß es zu einer friedlichen Einigung käme, von ihrer ursprünglichen Forderung durchschnittlich pro Tag 10 Minuten oder wöchentlich 1 Stunde nach. Ebenso ließen sie die weitergehende Forderung für Rotationsmaschinenmeister fallen und erklärten sich bereit, daß auch die Korrekturlithographen 52 Stunden wöchentlich beschäftigt werden könnten, wenn ihnen die über 8 Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit als Ueberzeitarbeit entschädigt würde. Da die Unternehmervertreter erklärten, auch auf diese um des gewerblichen Friedens Willen eingeschränkte Forderung nicht eingehen zu können, wurde dieser Punkt zurückgestellt.

Als Mindestlohn forderten die Kollegen im ersten Gehilfenjahre 24, im zweiten 27 Mark und für Rotationsmaschinenmeister an der Rotary oder Offsetpresse nicht unter 40, dann nicht unter 45 Mk. Auch hierauf gingen die Unternehmervertreter nicht ein. Sie wollten lediglich den Leipziger Mindestlohn für Ausgelernte, der bisher 19,50 Mk. betrug, erst auf 21 Mk. und dann mit Hängen und Würgen auf 22 Mk. erhöhen; die Festsetzung von Mindestlöhnen im zweiten Gehilfenjahre und an den Rotationsmaschinen erklärten sie für unmöglich. Zur Wahrung des Friedens empfahlen die Gehilfen die Erhöhung des Mindestlohnes für die zurückgebliebenen Orte von 18 auf 21 und für Leipzig von 19,50 auf 23 Mk., sowie eine entsprechende Regelung der Mindestlöhne aller anderen Städte; von allen weitergehenden Forderungen trafen sie zurück. Trotz dieser zur Vermeidung des Kampfes erfolgten beträchtlichen Reduzierung der ursprünglichen Forderung erklärten die Prinzipalsvertreter auch in diesem Falle den Vorschlag der Gehilfenvertreter für unannehmbar.

Da der Schutzverbandsvorsitzende Wundsch nach diesem Ausgang der Beratungen über die ersten beiden Punkte der Leipziger Forderungen die Verhandlungen über die weiteren Punkte als zwecklos bezeichnete, wurde die Sitzung völlig ergebnislos geschlossen. Der Kampf erscheint nach diesem Ausgang der Verhandlungen unvermeidlich. In diesem Fall kann natürlich von einer Herabsetzung der ursprünglichen Forderungen, die nur erfolgte, um das Gewerbe vor den Erschütterungen eines großen Kampfes zu bewahren und auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen, nicht mehr die Rede sein. Die Forderungen leben mit dem Scheitern dieses friedlichen Einigungsversuches in ihrer alten Form wieder auf und die Kollegenschaft wird ihre Durchführung zu erkämpfen wissen.

Ein Sprichwort sagt: Durch Schaden wird man klug! Die Unternehmer scheinen aber aus früheren ähnlichen Vorgängen und den Denksätzen, die sie dabei erhielten, immer noch nichts gelernt zu haben, sonst müßten sie durch ein größeres Entgegenkommen gegenüber der Gehilfenschaft und ihren bescheidenen und mit einigem guten Willen durchaus erfüllbaren Forderungen das Gewerbe vor den schweren Erschütterungen eines Kampfes bewahrt haben. Im Jahre 1905 wurden bei den Tarifverhandlungen in Leipzig ebenfalls die bescheidensten Forderungen der Gehilfenschaft von den Unternehmervertretern kurzerhand abgelehnt. Daraufhin mußte im Jahre 1906 in dem großen, dreizehnwöchigen Ringen die gepanzerte Faust entscheiden. Haben die Unternehmer in den letzten fünf Jahren schon wieder völlig vergessen, wie sie damals entschieden hat? Heute steht die Gehilfenschaft ungleich machtvoller und gefestigter da wie 1906. Ihr braucht daher um die Entscheidung in dem bevorstehenden Kampfe nicht zu bangen.

Um Lapalien soll es zum Kampfe kommen, hat einer der Unternehmervertreter den Gehilfenvertretern mahnd zugeufen. Er hätte diese Mahnung in erster Linie an sich und seine Kollegen richten müssen, denn wenn es sich für die Unternehmer um Lapalien handelt, warum bewilligen sie dann diese Lapalien nicht? Wenn sie es wegen dieser Lapalien zum Kampfe kommen lassen, dann handeln sie geradezu frivol und sie allein tragen die Verantwortung für letzteren. Die Gehilfen schätzen ihre Forderungen nicht als Lapalien ein, obwohl sie dem Unternehmervertreter gern zustimmen, wenn er durch den zitierten Ausspruch anerkannte, daß die Bewilligung der Forderungen für die Unternehmer nichts anderes als eine Lapalie ist!

Von besonderem Interesse ist der Umstand, daß derselbe Unternehmer, der jenen Ausspruch tat, Herr Heymann von der Firma Heymann & Schmidt in Berlin, den Forderungen der Gehilfen am hartnäckigsten entgegentrat. Wundsch braucht man sich darüber freilich nicht, denn er riskiert am wenigsten, wenn es wegen dieser »Lapalien« zum Kampfe kommt, da er sich ein Häuflein Gelber zu sichern wußte, die im Falle eines Konflikts ungefähr zwei Drittel seiner Schnellpressen in Gang erhalten. Ihn geniert also wenig, wenn die Betriebe seiner lieben Kollegen zum Stillstand kommen; er kann dabei höchstens noch manches erben.

Da eine allgemeine Durchführung der Leipziger Forderung in den Schutzverbandsbetrieben des ganzen Reiches infolge des Scheiterns der Verhandlungen nicht möglich war, hat eine am 17. September in Berlin abgehaltene Gauvertreterkonferenz beschlossen, die Forderungen auch in anderen Orten, in denen die Schutzverbandsbetriebe dominieren, den Mitgliedern des Schutzverbandes zuzustellen. Zu diesem Zwecke wurden für den 18., 19. und 20. Sept. in Nürnberg, Fürth und Schwabach, in Frankfurt a. M. und Offenbach und in Stuttgart Versammlungen einberufen, in denen sich die Kollegen über die Ausführung des Beschlusses der Gauvertreterkonferenz entscheiden sollen.

Voraussichtlich wird die Kollegenschaft der genannten Orte dem Beschlusse voll und ganz beitreten und die Einreichung der Kündigungen beschließen, falls die Forderungen wie in Leipzig abgelehnt werden.

Eine Aussperrung der deutschen Kollegenschaft haben die Schutzverbandsfirmen trotz der Kriegsdrohungen ihrer Vertreter am Schlusse der Verhandlungen vom 15. September nicht gewagt. Um aber den Anschein zu erwecken, als sei keine Arbeit da, kündigte man in einigen Firmen einem Teil der Kollegen wegen Arbeitsmangel. Diese Angaben werden aber Lügen gestraft durch ein Vorstandsmitglied des Schutzverbandes, der bei der Vorbesprechung mit unseren Hauptvorstandsvertretern vom 11. September darüber jammerte, daß es gerade jetzt zum Konflikt kommen solle, wo die Betriebe wegen Fertigstellung der neuen Musterkollektionen alle Hände voll zu tun hätten. Als ihm darauf geantwortet wurde, daß wir uns gerade diese Zeit zu unserm Vorgehen ausgesucht haben, weil wegen des Arbeitsandrangs die Anerkennung unserer Forderungen am ehesten zu erhoffen sei, hat der Herr ein ziemlich langes Gesicht gemacht. Der Bluff mit dem »Arbeitsmangel« zieht also nicht. Alle derartigen Teilaussperrungen in bestimmten Betrieben müssen durch die Orts- und Gauvorstände sofort dem Hauptvorstand mitgeteilt werden, damit ohne Zeitverzug geeignete Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Die Bewegung scheint übrigens auch auf das Hilfspersonal überzugreifen. Trotzdem für letzteres in Leipzig ein Tarif besteht, haben neben mehreren Kleinbetrieben auch zwei große Aktiengesellschaften Massenkündigungen des Hilfspersonals vorgenommen, die ein Urteil des Tarifschiedsgerichts der Hilfsarbeiter als Tarifbruch bezeichnet hat. Dieses Vorgehen ist recht bezeichnend für die Tarifreue mancher Unternehmer. Dieselben Leute maßen sich an, der Gehilfenschaft Vertragsbruch vorzuwerfen, wie in der vorigen Nummer der »Gr. Pr.« gezeigt wurde. Die Zeitschrift »Deutscher Papiermarkt«, das Organ des Arbeitgeber-(Scharfmacher)-verbandes für das Buchdruckgewerbe, gab seinem Artikel über unsere Leipziger Bewegung die sensationelle Überschrift »Die Gehilfen vertragsbrüchig«, ohne jedoch den Schatten eines Beweises für diese verleumderische Behauptung zu erbringen. Von dem Tarifvertragsbruch der erwähnten Leipziger Firmen nahm das Scharfmacherorgan natürlich keine Notiz.

Im Gegensatz zu den tarifbrüchigen Unternehmern stehen die Leipziger Hilfsarbeiter durchaus auf dem Boden des Tarifs, wie aus folgender in einer am 6. September abgehaltenen Versammlung angenommenen Resolution hervorgeht: Die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Buch- und Steindruckereien Leipzigs erklären, der Gehilfenschaft in ihrem Vorgehen zur Erringung ihrer berechtigten Forderungen die möglichste moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen, soweit es der Tarif zuläßt. Eine aktive Beteiligung an der Bewegung durch Arbeitseinstellung kann in der laufenden Tarifperiode nicht erfolgen, wenn prinzipialseitig die tariflichen Gesetze während der Konfliktzeit in derselben Weise geachtet werden. Die Versammlung beschloß ferner, daß von den Mitgliedern keine Handlungen vorgenommen werden dürfen, die nicht von der Organisationsleitung und den tariflichen Instanzen angeordnet werden. Diese Stellungnahme ist einwandfrei und findet die völlige Billigung der Gehilfenschaft.

Die Leipziger Firmen, die nicht dem Schutzverbände angehören, flüchteten sich unter seine Fittiche. Von den Firmen, die die Forderungen der Gehilfen bewilligten, beschäftigt eine 17, eine andere 6, eine dritte 5 Gehilfen; die Mitteilung in der Unternehmensversammlung vom 11. September (die die Uebertragung aller Vollmachten der Unternehmer auf den Schutzverband beschloß), wonach in den geregelten Betrieben durchschnittlich nur 1 bis 2 Gehilfen beschäftigt seien, entspricht also, gelinde gesagt, nicht den Tatsachen. Durch den Beschluß der

nichtgeregelten Leipziger Betriebe, alles weitere dem Schutzverband zu überlassen, haben wir es in dem bevorstehenden Kampfe nur mit letzterem zu tun. Er soll in unsrer Organisation einen Gegner finden, der die Durchführung der berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft zu erkämpfen vermag.

Druckfehler-Berichtigung: Im Leitartikel der vorigen Nummer ist auf Seite 320, Spalte 1, Zeile 15 von oben statt »22 Mk.« zu lesen: »25 Mk.«

## Rundschau.

Einen Jugendbund haben jetzt auch die Hirsch-Danckerschen Gewerkvereine zu schaffen versucht. Anfang September tagte in Berlin eine sogenannte Jugendkonferenz der deutschen Gewerkvereine zu dem Zwecke, die Jugendabteilungen in den einzelnen Gewerkvereinen fester zusammenzuschließen. Von dieser Notwendigkeit waren sämtliche Konferenzteilnehmer so durchdrungen, daß der Antrag, eine Zentralisation mit einem Hauptvorstande in Berlin zu schaffen, ohne nennenswerte Diskussion einstimmig angenommen wurde. Oleichzeitig wurde ein einheitlicher Beitrag von 20 Pf. monatlich für das ganze Reich festgesetzt. Die Grundzüge des Statuts sind nach einem Berichte des Zentralorgans der Deutschen Gewerkvereine folgende: Sämtliche Jugendabteilungen bilden zusammen den Jugendbund der Deutschen Gewerkvereine, dessen Organ »Die Sonne« ist. Das letztere erhalten die aktiven Mitglieder unentgeltlich. Mehrere Jugendabteilungen an einem Orte dürfen nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes des Jugendbundes und nach Anhörung der örtlichen Gewerkeinstanzen gebildet werden. Höchste Instanz ist die Jugendkonferenz, die alle drei Jahre zusammentritt. Ueber die Ziele und Aufgaben dieses Jugendbundes ist jedoch in dem offiziellen Berichte nichts zu lesen. Ob diese Punkte vor dem Lichte der Öffentlichkeit bestehen können, ist darum nach wie vor eine offene Frage. Das Vorgehen der Hirsch-Danckerianer sollte aber doch für die freien Gewerkschaften Veranlassung sein, die Organisierung der Jugendlichen reger als bisher zu betreiben. Das wäre um so notwendiger, als ja die selbständigen freien Jugendorganisationen in den meisten Orten durch die Polizei vernichtet worden sind.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin veröffentlicht ihren Lehrplan für das IV. Quartal 1911. Folgende Kurse sollen abgehalten werden: Deutschland und der Weltmarkt (Beginn 24. Sept.); Praktische Sozialpolitik (25. Sept.); Theorien und Programme der Parteien (27. Sept.); Sozialpolitik und Gewerkschaften (29. Sept.); Deutsche Geschichte (30. September). Das Unterrichtslokal befindet sich Orenadierstr. 37; der Monatsbeitrag beträgt 25 Pf., das Unterrichtsgeld für jeden Kursus 1 Mk. Folgendem Aufruf der Arbeiter-Bildungsschule schließen wir uns an: Arbeiter und Arbeiterinnen! Besucht die Kurse der Arbeiter-Bildungsschule! Werdet und werbet neue Mitglieder!

Der Bund der Industriellen hielt dieser Tage in Dresden seine diesjährige Generalversammlung ab und erbrachte dabei den Beweis, daß seine »Politik der mittleren Linie« sich nur der Form nach, aber nicht in ihren Zielen von den Bestrebungen der offenen und unentwegten Scharfmacher und Arbeiterfeinde unterscheidet. Der erstattete Geschäftsbericht konstatierte mit Genugtuung, daß es bei der Reichsversicherungsordnung gelungen sei, die Selbstherrschaft der Berufs-genossenschaften aufrecht zu erhalten, die Verminderung der Betriebskrankenkassen zu vereiteln und für die Ortskrankenkassen eine für Gewerbe und Industrie günstigere Verwaltung ohne Erhöhung der Unternehmerlasten zu erreichen. Ebenso wurde viel Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung auf wiederholten Einspruch des Bundes der Industriellen der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, der Herabsetzung des Wahlalters und der Öffentlichkeit der Verhandlungen nach den im Arbeitskammergesetzentwurf vorgesehenen Bestimmungen ein entschiedenes »Unannehmbar« entgegenstellen werde. In einer Resolution zum Gesetzentwurf für die Versicherung der Angestellten wurde einer Sonderorganisation ohne Reichszuschuß zugestimmt, weil man überzeugt sei, daß die Sonderkasse geeignet wäre, das Ständebewußtsein der Angestellten zu stärken und sie damit vor dem Versinken in radikalpolitische und radikalgewerkschaftliche Anschauungen abzuhalten! Zu dieser Stimmung paßte es denn auch ganz vortrefflich, daß ein auf dieser Tagung anwesender Vertreter der Regierung unter lebhaftem Beifall es als eine wichtige, wenn auch schwierige Aufgabe der Gegenwart bezeichnete, an die Stelle des jetzt vorhandenen Koalitionszwanges die vom Gesetzgeber gewünschte Koalitionsfreiheit zu setzen. Daß damit nur jene Koalitionsfreiheit gemeint ist, die die Unternehmer meinen, versteht sich am Rande. So bot die ganze Tagung hinsichtlich jener Fragen, die die Arbeiterschaft betreffen, ein Sammelurteil gewundener Redensarten, deren Sinn und Zweck für die Arbeiterbewegung eben durch ihr verschleiertes Gewand gefährlicher einzuschätzen ist als die offene brutale Kampfansage eines Bock, Tille, Hilger und Konsorten.

In der Metallindustrie sollen die Unternehmer einige weitere geringe Zugeständnisse gemacht haben. Darnach sollen Sonnabends keine Ueberstunden mehr geleistet werden. Den Gießarbeiten soll als Ausgleich eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde, bisher nur 1 Pf., zugestanden werden. In bezug auf die Absetzung der Akkordarbeit, die Festsetzung des Lohnes nach der Leistung und die Wirkung der voraussichtlich zustande kommenden Vereinbarung besserer Arbeitsverhältnisse werden Zugeständnisse nicht gemacht. Die Kommissionsmitglieder der Arbeiter haben diesen neuen Zugeständnissen gegenüber dem Obmann der Unternehmer Vorschläge unterbreitet, über die sich die Fabrikanten am 14. September schlüssig machen wollten. Die Arbeiter verlangen durchweg eine höhere Ausgleichszulage. Die Aussperrungen in Dresden und Chemnitz wurden am 13. September abends aufgehoben. Sie sollen nach einem Beschluß der Unternehmer »in vollem Umfange am 27. September wieder aufgenommen werden, falls die Verhandlungen in Leipzig bis zum 23. September abends nicht zur vollen Einigung geführt haben.« — Inzwischen hat am 16. September mittags im Leipziger Volkshause eine neue Versammlung der im Vortreffen des Kampfes stehenden Gelbmetallarbeiter stattgefunden, die mit Zweidrittelmehrheit die erweiterten Zugeständnisse der Unternehmer angenommen hat; die Arbeit soll am 19. September wieder aufgenommen werden. Damit hätte der Kampf in der sächsischen Metallindustrie seinen Abschluß gefunden.

Die Streikversicherungskassen der Unternehmer haben im vergangenen Jahre für das Scharfmacherum schwer bluten müssen. Sie haben beinahe ihr ganzes Palver verschossen, so daß ziemlich Ebbe in ihren Kassen eingetreten ist. Den Hauptanteil aller Ansprüche stellte natürlich der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit 1757798 Tagen, für die er Entschädigung verlangte. Der verfügbare Kassenbestand der Hauptgesellschaft war zu gering, um solchen Anforderungen genügen zu können; dem Reservefonds mußten über 20000 Mark entnommen werden. Die Rückversicherungsgesellschaft hat also nichts nur nicht erübrigt, sondern noch ganz gewaltig drauflegen müssen. Vier große Firmen der Metallindustrie erhielten allein über 500000 Mk. oder 40 Proz. der gesamten erforderlichen Streikentschädigung ausgezahlt. Ein ganz genauer Bericht über den jetzigen Stand dieses modernsten Versicherungsweiges wird der Öffentlichkeit von den Unternehmern vorenthalten. Die vorstehenden Teillagen, die so zwischen durch gesammelt werden konnten, lassen jedoch keinen Zweifel darüber, warum man auf diesem Gebiete so schweigsam ist.

## Generalversammlungen und Kongresse.

Angestellte in der modernen Arbeiterbewegung. Der Verein »Arbeiterpresse« hielt am 9. und 10. September dieses Jahres in Jena bei Anwesenheit von etwa 200 Mitgliedern seine 12. Generalversammlung ab. Die D-batte über den Geschäftsbericht zeitigte den mehrfachen Wunsch, entsprechend der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse die Unterstützungssätze für Witwen, Waisen und Invaliden zu erhöhen. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, im nächsten Jahr eine Generalversammlung abzuhalten und auf dieser das Weitere in dieser Frage zu beschließen. Der Kassenbericht wies in Einnahme und Ausgabe die Summe von 9952 Mk. bei einem Vermögen von 7879 Mk. auf. Es wurde beschlossen, in den Anstellungsbedingungen und -verträgen des Vereins für die erste Gruppe (Redakteure und Berichterstatter) das Mindestgehalt von 1800 auf 2200 Mk. jährlich heraufzusetzen und als obere Grenze nicht mehr 3600, sondern 4200 Mk. einzustellen. Die Gehaltssteigerungen sollen sich in Jahresstufen von 120 Mk. vollziehen. Bezüglich der Ferienbestimmung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß nach fünfjähriger Angestelltentätigkeit in der Arbeiterbewegung drei Wochen Ferien gewährt werden sollen. Zur Besprechung und Durchführung dieser Reformen wurde der Vorstand beauftragt, mit den zuständigen Instanzen in Verbindung zu treten. Sodann wurde noch in eingehender Aussprache über verschiedene, die Freiheit der Presse einengende gesetzliche Bestimmungen gesprochen und in entsprechenden Resolutionen der Standpunkt des Vereins Arbeiterpresse dazu präzisiert. Insbesondere wird vom Reichsjustizamt gefordert, Fürsorge zu treffen, daß den wegen angeblich politischer oder gewerkschaftlicher Vergehen zu Gefängnisstrafen verurteilten Personen eine anständigere Behandlung in den Gefängnissen zuteil wird. Im weiteren wurde ein Antrag einstimmig angenommen, gegen die geplante Abänderung der §§ 186, 187 und 189 des Entwurfs des Strafgesetzbuchs in einer Eingabe an den Reichstag entschieden Protest zu erheben, weil durch die vorgesehene Abänderung eine schwere Bedrohung der ohnehin kümmerlichen deutschen Pressefreiheit herbeigeführt würde. Die Existenz kleiner Blätter würde mit einem Schläge vernichtet, die mittleren schwer erschüttert, wenn die Höhe der Geldstrafen für Pressevergehen bis zu 10000 Mk. und die der Buße bis zur Höhe von 20000 Mk. festgesetzt werden kann, wie es der Antrag bestimmt. Die Festsetzung solcher hohen Geldstrafen und Bußen heiße den Gerichten die Befugnis zur Unterdrückung mißliebiger Zeitungen geben. Der alte Vorstand

wurde wiedergewählt und als Sitz des Ausschusses Hamburg wieder bestätigt.

**England.** Vom 4. bis 9. September tagte in Newcastle der 44. Kongreß der englischen Gewerkschaften. Anwesend waren 521 Delegierte, die 1 1/2 Millionen organisierte Arbeiter vertraten. Er stand noch ganz unter dem Eindruck der letzten großen Arbeitskämpfe im englischen Transportgewerbe. Gegen die Anwesenheit von Vertretern des Handelsamtes und des Ministeriums des Innern, das den früheren Gewerkschaftsführer Shackleton entsandt hatte, wurde entschieden protestiert. Dem Besanzen des Ministeriums des Innern wurde vorgehalten, daß letzteres das Militär gegen die Streikenden gehetzt habe. Durch eine Resolution wurde diese Tat entschieden verurteilt. Ferner wurde die Forderung auf Verstaatlichung der Eisenbahnen und Kanäle einstimmig erneuert. Der Kongreß verurteilte außerdem die völlige Aufhebung des (3) - Abkommens, das die Erhebung von Gewerkschaftsbeiträgen für politische Zwecke verbietet, und die Errichtung von Lohnämtern für ländliche Arbeiter. Die Beratungen über die Schaffung wirksamer Preßorgane, die den englischen Gewerkschaften fehlen, blieben vorläufig noch ergebnislos; am meisten Neigung zeigte sich für ein großes, täglich erscheinendes Blatt. Zur Unfallentschädigung wurde die Uebernahme der Kosten für ärztliche Hilfe und die Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf Heimarbeit gefordert. Gegen die Schmutzkonzurrenz staatlichen Gefängnisarbeit wurde protestiert. Die Abschaffung der Arbeit schulpflichtiger Kinder, das Verbot der Geldstrafen und Lohnabzüge in gewissen Industrien, sowie das ungehinderte Koalitions- und Streikrecht machte der Kongreß in entsprechenden Beschlüssen entschieden geltend. Die Beitragspflicht der Arbeiter zu der geplanten staatlichen Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit wurde anerkannt; für die schlechtbezahlten Arbeiter mit Wochenlohn unter 15 Mk. wurde jedoch Beitragsfreiheit verlangt. In einer großen Kundgebung demonstrierte der Kongreß für den Weltfrieden; er betonte, daß die Arbeiter aller Länder einig seien in dem Abscheu gegen den Krieg. Endlich wurde das parlamentarische Komitee beauftragt, mit dem Ausschuß der Arbeiterpartei die Möglichkeit einer Zusammenfassung aller Gewerkschaften und Gesellschaften zu einer Zentralorganisation zu erörtern.

**Ungarn.** Am 13. August tagte in Budapest der 5. Kongreß der ungarischen Gewerkschaften. Eine solche Veranstaltung trägt in Ungarn mehr den Charakter einer Demonstrationsversammlung als einer beratenden Körperschaft. Die Delegierten wurden von den Vorständen der Gewerkschaften entsandt, die in Budapest ihren Sitz haben, und so kam es, daß aus der Provinz kaum ein halbes Dutzend Delegierte erschienen. Anwesend waren insgesamt rund 100 Delegierte, die 37 Organisationen mit 90 000 Mitgliedern vertraten. Nachdem der Bericht der Gewerkschaftszentrale zur Kenntnis genommen war, ging man auf die Beratung der Tagesordnung ein. Nach entsprechenden Referaten forderte der Kongreß die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Autonomie (Selbstverwaltung) der Kranken- und Versicherungskassen, die Einleitung der Invalidenversicherung, das volle Vereins- und Versammlungsrecht, den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung. Der Kongreß sprach sich dann aus für kollektive Arbeitsverträge, beschloß einen zentralen Streikfonds einzuführen und nahm eine Resolution an, die die Förderung der Konsumvereine den Gewerkschaften zur Pflicht macht.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 16. September 1911

Der Jenaer Parteitag: Bericht des Parteivorstandes; Jugendbewegung; Protest gegen die Teuerung; Zwei Reden Bebels: Wahlrecht; Wahlen zum Parteivorstand usw. Sozialdemokratische Frauenkonferenz. Sonstige politische Ereignisse.

Im Mittelpunkt des politischen Lebens der letzten Woche stand unzweifelhaft der sozialdemokratische Parteitag. Die Ereignisse in unserm Gewerbe und die in Aussicht stehenden großen Konflikte mit dem Druckunternehmertum hindern uns, die Jenaer Tagung der Vertreter des politischen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung ihrer Bedeutung entsprechend in einer besonderen Abhandlung zu würdigen; wir müssen uns daher leider darauf beschränken, die Verhandlungen des Parteitages in unserer Monatsschau kurz zu schildern und besonders die wichtigsten Beschlüsse hervorzuheben.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist zu entnehmen, daß die Zahl der Parteimitglieder im Berichtsjahre von 720 038 auf 836 562, also um 116 524 gestiegen ist. Das ist die höchste Mitgliederzunahme, die die Partei bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatte. Die Zahl der politisch organisierten Frauen stieg von 82 642 auf 107 693, also um 25 051. In 19 Bundesstaaten hat die Partei 188 Landtagsabgeordnete. Die Zahl der Vertreter in den Gemeinden beträgt in 410 Städten 2015 und in 2240 Landgemeinden 6646. Des weiteren hat die Partei in 31 Städten 95 Vertreter im Magistrat und in 83 Landgemeinden 154 Vertreter im Gemeindevorstand; zusammen also 8910 Gemeindevorsteher, gegen 7729 im Vorjahre. Im Laufe des Jahres haben 13 163 öffentliche und 35 644 Mitgliederversammlungen

stattgefunden. Flugblätter sind mehr als 33 Millionen, Broschüren und Agitationskalender gegen 3 Millionen unentgeltlich verbreitet worden. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 1 357 761 Mk. auf, das sind 422 352 Mk. mehr als im Vorjahre; sie läßt die Einnahmen aller früheren Jahre weit hinter sich. Die Ausgabe betrug 897 180 Mk., so daß 491 017 Mark für Kapitalanlagen verfügbar wurden und dennoch am 30. Juni noch ein Kassenbestand von 40 000 Mk. verblieb. Auch die Parteipresse entwickelte sich günstig. Die Zahl der Tageszeitungen stieg von 75 auf 81, also um 6. Das Zentralorgan »Vorwärts« hatte am Schlusse des Berichtsjahres 157 000 Abonnenten, gegen 122 000 im Vorjahre; es erzielte einen Reingewinn von 165 558 Mk. Der Abonnentenstand der gesamten Parteipresse stieg von 1 160 016 auf 1 306 465, also um 146 449. Die »Neue Zeit« hatte am 1. Juli 1911 10 500, »Der wahre Jakob« 307 000 und die »Gleichheit« 94 500 Abonnenten. Die Abonnentenziffer der »Arbeiterjugend« stieg von 45 000 auf 65 500. — In der Diskussion über den Vorstandsbericht kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Bebel auf der einen und Rosa Luxemburg, Ledebour und anderen ultraradikalen Parteitagdelegierten auf der anderen Seite. Letztere behaupteten, der Parteivorstand habe es bei der Protestaktion gegen den Marokkorummel an der nötigen Schnelligkeit und Energie fehlen lassen. Durch die rechtzeitige Zurückziehung ihrer Tadelanträge kamen sie deren Ablehnung zuvor, die zweifellos mit großer Mehrheit erfolgt wäre. Beschlissen wurde die Anstellung von zwei weiteren Sekretären für den Parteivorstand und die Einsetzung einer Kommission zur Beratung einer Reorganisation des letzteren und zur Prüfung des Organisationsstatus; die Kommission soll dem nächsten Parteitag Bericht erstatten.

Zur Frage der Jugendbewegung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: »Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Verfolgung der proletarischen Jugendbewegung durch Polizei, Schulaufsichtsbehörden und Justiz. Um so unerhörter sind diese Verfolgungen, als sie angeblich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor der Berührung mit politischen Angelegenheiten bewahren, in Wirklichkeit aber die Arbeiterjugend der bürgerlichen Jugendbewegung zutreiben sollen und damit eine offensibare politische Beeinflussung der Arbeiterjugend im sogenannten staatsfreundlichen Sinne darstellen. Der Parteitag warnt die Genossen und Genossinnen allerorts vor den heuchlerischen Bestrebungen der bürgerlichen konfessionellen und interkonfessionellen Jugendfreunde, insbesondere vor den mit einer Million Mark unterstützten Maßnahmen der staatlich preußischen »Jugendpflege«. In mannigfaltigen und äußerlich harmlosen Formen, besonders im Anschluß an die Fortbildungsschule, sollen nach dem Wunsche der preußischen »Lehrer, Aerzte, Geistlichen, Richter und Anwälte, Landwirte, Ingenieure, Gewerbetreibenden, Offiziere, und zwar »ohne nach außen irgendwelches Aufsehen davon zu machen«, die Erziehung der Jugend im »vaterländischen Geiste« fördern. Der Parteitag hält es für seine Pflicht, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Eintritt in irgendwelche bürgerlichen Jugendvereine und vor der Teilnahme an irgendwelchen bürgerlichen Jugendbestrebungen zu warnen. Er fordert zugleich alle erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen auf, die proletarische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu unterstützen.« Zur Förderung der Jugendbewegung soll die Anstellung eines Sekretärs durch die Zentralstelle erwogen werden.

Im Anschluß an den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde folgende von letzterer vorgeschlagene Resolution gegen die drohende Hungersnot einstimmig beschlossen: »Der Parteitag fordert zur Bekämpfung der verhängnisvollen Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischen Viehes und Fleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine. Der Parteitag fordert von den Landesregierungen Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art. Der Parteitag fordert von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in solchem Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Der Parteitag ruft alle Parteiorganisationen zur intensivsten Agitations- und Organisationsarbeit auf, um der Sozialdemokratie neue Anhänger zu zuführen und sie für die bevorstehenden Kämpfe, namentlich auch auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens zu stärken; dergleichen wird eine nachdrückliche Werbearbeit für die aufklärende sozialdemokratische Presse empfohlen. Der Parteitag ermahnt alle Arbeiter, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, und in dieser Zeit mäßiger Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, die notwendigen Lohnerhöhungen zu erzwingen. Endlich fordert der Parteitag die Massen des Volkes zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß auf.«

Im Mittelpunkt der Parteitagverhandlungen standen die beiden bedeutungsvollen und großzügigen Referate Bebels über die Marokkofrage und

die kommenden Reichstagswahlen. Klar und eindringlich hat er im ersten die internationale Situation beleuchtet, die koloniale Ausrotlungsstrategie geißelt, zur friedlichen Entwicklung des internationalen Handels und Wandels gemahnt und den frivolen Kriegszetereien den Krieg erklärt. Und im zweiten Referate beleuchtete er scharf die gegenwärtige innerpolitische Situation und zeichnete er der Partei des Proletariats klare Richtlinien für den kommenden Reichstagswahlkampf, die den Erfolg verbürgen. Das Fazit seiner Ausführungen ist in folgenden einstimmigen Beschlüssen des Parteitages niedergelegt:

»Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Jena erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen jeden Versuch, einen männermordenden Krieg zwischen Kulturvölkern, wie sie das französische, englische und deutsche sind, hervorzuführen, der notwendig ein Weltkrieg werden müßte und mit einer allgemeinen Katastrophe enden würde. Die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen unter der verlogenen Vorgabe, »daß die Ehre und die Interessen der Nation« dieses erfordern, weist der Parteitag als bewußte Fälschung der Tatsache und schamlose Heuchelei zurück. Die einzigen, die hüben und drüben an dieser Verhetzung verschiedener Kulturvölker ein Interesse haben, sind neben den Kolonialpraten die Chauvinisten zu Wasser und zu Lande, deren Handel der Krieg ist, die nach Avancement und Auszeichnung dürsten, und die Fabrikanten und Lieferanten von Kriegsmaterial aller Art, die durch den Krieg ungeheure Gewinne in die Tasche stecken auf die Gefahr hin, daß Hunderttausende von Menschen in diesen Kämpfen zugrunde gehen, Millionen in Not und Unglück gestürzt werden. Nur den seit vielen Jahren betriebenen Hetzereien der interessierten Kreise ist es zu danken, das Mittel- und Westeuropa wiederholt in einen Zustand kriegerischer Unruhe versetzt wurden. Diese Beutemacher versuchen dabei die Reichsregierung in die Rolle des gefügigen Handlungers zu drängen, damit sie die Wehr- und Volkskraft der Nation ihren Interessen opfere; ein Zustand, der zeigt, daß die heutigen Regierungen nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klassen sind. Der Parteitag weist mit Empörung diese dem Volke gemachten Zumutungen zurück und erwartet, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern. Der Parteitag fordert die sofortige Einberufung des Reichstags, damit der Volksvertretung Gelegenheit gegeben wird, ihre Meinung zu äußern und den volksfeindlichen Machinationen entgegenzutreten.«

»Der Parteitag erwartet, daß, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, die Parteigenossen in allen Wahlkreisen, in denen die Partei Anhänger besitzt, unverzüglich die Vorbereitungen zur Reichstagswahl treffen, um selbständig in die Wahl einzutreten. Der Parteitag erwartet weiter, daß die Parteigenossen die Wahlagitiation gründlich ausnutzen, um sowohl neue Mitglieder für die Parteiorganisation, wie neue Abonnenten für die Parteipresse zu werben. Insbesondere muß die Wahlagitiation auch für Erlangung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Sinne des Parteiprogramms für die Wahlen zum Landtage in Preußen wie in den Staaten, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht noch nicht besitzen, ausgenutzt werden. Wo nach dem Ausfall der Hauptwahlen die Parteigenossen bei engeren Wahlen eine Entscheidung zwischen gegnerischen Kandidaten zu treffen haben, dürfen sie nur denjenigen Kandidaten ihre Stimme zuwenden, die sich verpflichten: 1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts für den Reichstag; 2. gegen eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Koalitionsrechts; 3. gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts; 4. gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz; 5. gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse; 6. gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse einzutreten und zu stimmen. Der betreffende Kandidat ist zu ersuchen, seine Erklärung vor Zeugen oder schriftlich abzugeben. Stehen in der engeren Wahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der liberale dem nichtliberalen vorzuziehen. In jedem anderen Falle ist strikte Stimmhaltung zu proklamieren.«

Der Parteitag nahm ferner noch Stellung zur Reichsversicherungsordnung, zur Maifelerfrage (die nochmals auf einem internationalen Kongreß verhandelt werden soll), gegen die Neutralitätsfanatiker in der Genossenschaftsbewegung und zum Stuttgarter Parteikonflikt. Bei den Wahlen wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Paul Singer der Genosse Haase-Königsberg neben Bebel zum Vorsitzenden gewählt. Gerich wurde als Kassierer wiedergewählt, ebenso die bisherigen Sekretäre Ebert, Molkenbaur, Müller und Plannkuch; die beiden neugeschaffenen Sekretärämter wurden durch Braun und Scheidemann besetzt. Mit den Wahlen hatte der bedeutungsvolle Parteitag sein Ende erreicht. Er wird zweifellos infolge seiner Großzügigkeit und der klaren Stellungnahme zum Marokkoabenteuer und zu den Reichs-

tagswahlen auf Deutschlands äußere und innere Politik nicht ohne wohltuende Wirkung bleiben. —

Dem Parteitag ging eine sozialdemokratische Frauenkonferenz voraus. Sie traf Maßnahmen für die fernere Werbearbeit unter den Frauen, verlangte die Anstellung weiblicher Parteisekretäre, beschloß die Abhaltung eines Frauentags auch im Jahre 1912 zur Propagierung des Frauenwahlrechts, protestierte gegen den neuen Strafgesetzentwurf, forderte zur regsten Teilnahme der Frauen an den Krankenkassenwahlen auf und nahm Stellung zum Kinderschutzgesetz und zur Mutter- und Säuglingsfürsorge; ferner wurde die Stellung der Frauen zu den Reichstagswahlen und zur Gemeindepolitik in großzügigen Referaten behandelt. —

Von sonstigen wichtigen politischen Vorgängen seit dem Erscheinen unserer letzten Monatschau (Gr. Pr. Nr. 34) ist zu vermelden, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und deutschen Diplomatie über den Marokkokonflikt immer noch nicht beendet sind, daß der Kaiser in seiner Hamburger Rede die weitere Verstärkung der Flotte in Aussicht stellte, daß der russische Ministerpräsident Stolypin durch ein Revolverattentat schwer verwundet wurde und daß es in Belgien, Frankreich und Oesterreich bei Protestdemonstrationen gegen die drohende Hungersnot zu Zusammenstößen zwischen den Volksmassen und der Staatsgewalt kam.

## Die Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter.

### II.

Die Macht des Unternehmertums ist groß und es hat manchmal den Anschein, als ob sie unüberwindlich wäre. Aber die Macht der Arbeiterklasse ist noch viel, viel größer und sie wird über jene den Sieg davontragen. Diese Siegesversichert des Proletariats ist der Stachel, der die proletarischen Scharen, allen Niederlagen und Verlusten zum Trotz, immer von neuem wieder in den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein hineintreibt. Allerdings mußte die Macht der Arbeiter erst entdeckt und den Massen gezeigt werden, heute ist es die Aufgabe, sie zu stärken, zu entwickeln und auf einen Punkt zu richten. Dazu gibt uns der moderne Rechtsboden die Möglichkeit, weil das moderne Recht uns den Weg zur Macht öffnet. In dieser Beziehung sind wir den Proletariats früherer Zeiten weit überlegen. Jene kannten nur die Gewalt als Kampfmittel und in diesem Kampfe zogen sie den kürzeren, da ihre Feinde noch mächtiger und gewalttätiger waren und in ihren rücksichtslosen Unterdrückungsbemühungen weder Mann noch Weib noch Kind schonten. Darum sind so viele Menschenleben geopfert, darum war so viel Blut vergossen worden, ohne das es doch jemals gelungen wäre, das Sklavenjoch abzuwerfen und die Freiheit zu erringen. Heute kämpfen wir unter dem Banner des Rechts und der Aufhebung der Unterdrückung ist unverkennbar. Wir haben das Koalitionsrecht, das uns die Macht verleiht, die Massen zusammenzuballen und zur Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und geistiger Zwecke zu vereinigen, wir haben das Wahlrecht, das uns die Möglichkeit gibt, in den Parlamenten der Staaten und Gemeinden maßgebenden Einfluß zu gewinnen, wir haben das Versammlungsrecht, das uns Gelegenheit bietet, die Unterdrückten mit uns zu scharen und ihnen das Evangelium des Sozialismus zu verkünden, wir haben das Recht der freien Meinungsäußerung, das uns ermöglicht, durch Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter die proletarischen Gedanken in die Masse zu schleudern, wir haben auch das Recht, Bildungsanstalten zu schaffen und durch sie antikapitalistisch zu wirken. Und von allen diesen Rechten macht das Proletariat im reichen Maße Gebrauch; es lacht über die Nadelstiche und Keulenschläge, womit die herrschende Klasse ihm diese Rechte verweigern will. Wo wir solche scharfe, siegreichende Waffen haben, da wäre es eine wahre Tollheit, wollten wir in die Rüstkammer der Vergangenheit zurückgreifen und daraus das scharfte Schwert der rohen Gewalt hervorholen.

Das Proletariat muß sich mit der Waffe des Rechts die wirtschaftliche, politische und geistige Macht erkämpfen, dann wird es in der Lage sein, den Kapitalismus niederzuzwingen und sich die ewigen Menschenrechte zu erringen. Wer möchte leugnen, daß diese Methode die richtige ist?

Wenn die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums auf dem Geldsack beruht, so beruht die der Arbeiterklasse auf der Vereinigung. Die Massen müssen ihre materiellen Mittel zusammenlegen, um auf diese Weise ein Gegengewicht zu schaffen gegen das Unternehmertum. Dies geschieht zunächst in den Gewerkschaften, die einen Kampfplan ansammeln, der ihnen in den schweren Zeiten eines Streiks oder einer Aussperrung Rückenstärkung bieten soll. Groschenweise fließen die Beiträge in die Kasse und zu Millionen von Mark schwellen sie an. Mit Hilfe einer gefüllten Kriegskasse sind die Gewerkschaften imstande, dem vereinigten Kapitalprotentum die Stirn zu bieten, sie können die Angriffe der Ausbeuter abschlagen und selbst zum Angriff übergehen. Selbstverständlich läßt sich die in den Gewerkschaften verkörperte Macht noch sehr

verstärken und ausdehnen. Auch die Konsumgenossenschaften sind geeignet, dem Ausbeutertum die Krallen zu beschneiden und die wirtschaftliche Uebermacht des Kapitals zu brechen. Wenn das Proletariat die Einzelkraft der Arbeiterfamilien zu einer Massenkraft zusammenfaßt, wenn es den Konsum in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt, wenn es die Güterverteilung regelt und organisiert, so schafft es dadurch eine Macht, die bereits heute anläßt dem Kapital unheimlich zu werden. Und wenn die Konsumgenossenschaften zur Eigenproduktion übergehen und überall dort, wo die Vorbereitungen dazu vorhanden sind, ihren Bedarf in eigenen Betrieben herstellen, so wird dies ebenfalls eine große Machtverstärkung zur Folge haben. Noch verschiedene Zweige des Wirtschaftslebens harren der Inanspruchnahme durch die proletarische Organisation; z. B. das weite Gebiet der Volksversicherung, und es läßt sich heute noch gar nicht absehen, was alles die Selbsthilfe der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet leisten kann. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Glaube an die wirtschaftliche Ohnmacht des Proletariats aus den Köpfen der Arbeiter herausgefegt wird; es ist ja ein Irrwahn zu glauben, der besitzlose Proletariat, der nichts habe als seine Arbeitskraft, sei wirtschaftlich ohnmächtig, die Erfahrung hat diese einstmals viel gehörte Theorie widerlegt und sie wird noch tagtäglich widerlegt durch die von den klassenbewußten Arbeitern geschaffenen großwirtschaftlichen Unternehmungen, die mit Millionen und Abermillionen rechnen.

Auf politischem Gebiete ist die Macht des Unternehmertums heute allerdings noch sehr groß, aber der politische Einfluß der Arbeiterklasse ist beständig im Wachsen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Staat und Gemeinde wird immer stürmischer gefordert und die maßgebenden Kreise werden trotz ihres zähen Widerstandes gezwungen, nach und nach auf einen immer größeren Teil ihrer Alleinherrschaft im öffentlichen Leben zu verzichten. Die Entwicklung zur Demokratie macht sich überall deutlich bemerkbar und die Arbeiterklasse ist schon zu einem Faktor geworden, mit dem die Regierungen rechnen müssen. Die innere Politik, zumal die Sozialpolitik, dreht sich im wesentlichen um die Arbeiter, deren Einfluß auf die Gesetzgebung zunimmt. Dieser Einfluß könnte natürlich noch viel größer sein und das Proletariat wäre schon heute in der Lage, die Gesetzgebung in seinem Sinne zu gestalten, wenn es von seinem Wahreichte besser Gebrauch machte, als es tatsächlich der Fall ist. Aber wir beobachten auch hier eine Wendung zum Besseren. Nicht minder läßt sich feststellen, daß auch die Behörden auf die organisierten Arbeitermassen Rücksicht nehmen müssen, indem sie eine offene, klare Rechtsbeugung nach Möglichkeit vermeiden. Wohl sind die Klagen über Parteilichkeit der Behörden und die Klassenjustiz der Gerichte noch immer berechtigt, aber man scheut doch schon vor auffälligen Verletzungen der Arbeiterrechte zurück. Der moderne Staat würde ja sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, wollte er den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger allzu gröblich verletzen. In dieser Beziehung hat die politische Macht der Arbeiterklasse schon erhebliche Erfolge auf die Organe des Staates und der Gemeinden gewirkt und diese Wirkung kann noch gesteigert werden durch eine intensivere Beteiligung der Massen am politischen Leben und eine sachgemäße, zielbewußte Arbeiterpolitik.

Was endlich das geistige Gebiet anbetrifft, so tun sich hier zahlreiche Möglichkeiten auf, die Macht des Proletariats zu stärken. Tatsächlich leisten ja heute schon die Arbeiterorganisationen eine umfangreiche Aufklärungsarbeit. Man hat erkannt, daß die soziale Frage nicht nur eine Magenfrage und eine Frage der Politik ist, sondern daß sie sich zu einer Bildungs- und Erziehungsfrage entwickelt hat. Welchen Einfluß übt allein die Arbeiterpresse schon heute auf die proletarischen Massen aus und wie könnte dieser Einfluß noch gesteigert werden! Und dann das Vortragswesen und die verschiedenartigen andern Veranstaltungen, die darauf abzielen, Wissen und Bildung ins Volk zu tragen. Und die Jugendorganisationen, die den Zweck verfolgen, die heranwachsende Generation von den verblendenden Einflüssen der Staatsregierung frei zu machen und mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Allerdings darf sich die proletarische Bildungsarbeit nicht auf die Revolutionierung der Köpfe beschränken, sondern sie muß auch Erziehungsarbeit leisten. Der Charakter des modernen Proletariats muß gebildet, das Solidaritätsgefühl muß gepflegt, der Wille muß gestählt werden. Das proletarische Rechtsbewußtsein muß sich mit einem starken Pflichtbewußtsein verbinden. Ganz besonders ist es nötig, daß diese Bildungs- und Erziehungsarbeit auch an denjenigen Arbeiterschichten verrichtet wird, die heute noch der Arbeiterbewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen. Diese Schichten, die die Schutztruppen des Kapitals bilden und das ausbeuterische Kapital gegen die eigenen Klassen-genossen veredigen, müssen für uns gewonnen werden. Das Unternehmertum, das sich gerade auf diese Massen stützt, muß isoliert werden, dann wird es einen großen Teil seiner Macht verlieren.

So sehen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, wie die Macht der Arbeiter langsam, aber sicher im Steigen ist. Das Ausbeutertum fühlt instinktiv das Näherücken der proletarischen Massen und deshalb wehrt es sich mit dem Mute der Verzweiflung. Die Rücksichtslosigkeit und Skrupellosig-

keit, mit der es gegen die Arbeiterorganisationen vorgeht, beweist seine Angst und seine Hoffnungslosigkeit. Aber das Proletariat marschiert unentwegt vorwärts; es faßt seine Machtmittel zusammen und schmieidet sie zu einem Hammer, mit dem es dem Drachen des Kapitalismus den Kopf zerschmettern wird. Brutus.

## Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung durch die Gewerkschaften.

Die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Not unter der Arbeiterschaft ist eine der vielen unangenehmen Folgen der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, daß die Gewerkschaften, die die wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters erstreben, sich auch mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen hatten. Sie mußten das umso mehr, als die Erkenntnis der Tatsache nicht ausbleiben konnte, daß durch die durch die Arbeitslosigkeit geschaffenen Zustände der gewerkschaftliche Kampf außerordentlich erschwert, ja das in früherer Zeit Errungene sogar oft gefährdet, wenn nicht gar beseitigt werden kann. Es ist also nicht lediglich ein humaner Zug und eine Unterstützung aus kameradschaftlichem Mitgefühl, der in den Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt, sondern die Arbeitslosenversicherung ist gleichzeitig auch ein gewerkschaftliches Kampfmittel.

Ist der Arbeitsmarkt mit Arbeitslosen reichlich versehen, das Angebot größer als die Nachfrage und geht dieser Zustand (z. B. in Krisenzeiten) über das Normale hinaus, dann werden die Unternehmer nicht unterlassen, die Gelegenheit dazu zu benutzen, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Es gebietet sich hier von selbst, Mittel zu erfinden, mit denen es vermieden werden kann, daß die Arbeitslosen zu niedrigeren Löhnen oder schlechteren Arbeitsbedingungen Arbeit annehmen, also eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeiführen. Hier ist die beste Einrichtung die Arbeitslosenunterstützung, deren möglichst reichlichen Sätze den Arbeitslosen veranlassen, schlechter entlohnte Arbeit nicht anzunehmen.

Eine indirekte, aber sehr wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschieht auch durch die Erhöhung höherer Löhne. Schlecht entlohnte Arbeiter werden immer gern dazu bereit sein, ihr Einkommen durch Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden zu erhöhen, selbst wenn Zuschläge nicht gezahlt werden und nur der sonst übliche Stundenlohn auch für Überzeitarbeit gezahlt wird. Dagegen ist es bei gut entlohnten Arbeitern keine seltene Erscheinung, daß sie der Überzeitarbeit Widerstand entgegensetzen, selbst wenn sie mit Zuschlägen entschädigt wird. Der Unternehmer sieht sich dann notwendigerweise genötigt, sein Personal zu vergrößern, also den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die möglichste Verkürzung der Arbeitszeit und ihre tarifliche Festlegung sowie die Zahlung hoher Zuschläge für eventuelle Überzeitarbeit ist das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Beim nervens rerum ist der Unternehmer am empfindlichsten und er stellt lieber einige Arbeiter ein, ehe er für die gleiche Zahl der von diesen zu leistenden Arbeitsstunden eine nicht unerhebliche Mehrausgabe an Löhnen macht.

Auch insofern muß die Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften als bedeutungsvoll angesehen werden, als sie die Aktionsfähigkeit außerordentlich zu ihren Gunsten zu beeinflussen in der Lage ist. Es ist eine selbstverständliche Frage der Taktik, bei gewerkschaftlichen Kämpfen immer die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. Bei starkem Angebot von Arbeitskräften wird man sich schlecht in Kämpfe einlassen können, da durch das Heer der Arbeitslosen immer eine Beeinträchtigung zu Ungunsten der Arbeiter zu befürchten ist. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, trotz hoher Arbeitslosenziffer in eine Bewegung einzutreten, wenn die Arbeitslosen durch einigermaßen ausreichende Unterstützungssätze vom Angebot ihrer Arbeitskraft abgehalten werden können.

Man kann daher auch den lange geführten Streit, ob Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften eingeführt werden soll oder nicht, als zugunsten der Frage erledigt betrachten. Von den 53 Gewerkschaften, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, haben nicht weniger denn 51 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, bei einem Teil allerdings nur in Gestalt von Reisenunterstützung. Beide Unterstützungsarten sind in 31 Gewerkschaften, nur Arbeitslosenunterstützung ist in 11 und nur Reisenunterstützung in 9 Gewerkschaften eingeführt. Allein in einem Zeitraum von 8 Jahren (von 1903 bis 1910) verausgabten die deutschen Gewerkschaften die ganz respektable Summe von 42 Millionen Mark für diesen Unterstützungsgegenstand. Ohne diese tatkräftige Unterstützung würde das Elend und die Not unter der arbeitenden Bevölkerung ungemein größer gewesen sein, als es so schon vor allem in Krisenzeiten war. Hier erfüllen die Gewerkschaften eine Aufgabe, die eigentlich dem Staat und den Kommunen zufällt. Wenn man aber auf deren



# Allgemeines.

Tell für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

## Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1910.

In Nr. 33 besprachen wir die Statistik der Generalkommission über die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1910. In jenem Artikel wurde die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ganz im allgemeinen gewürdigt; auf unsere Organisation im besonderen gingen wir dabei nicht näher ein. Wie sich unser Verband im vorigen Jahre entwickelt und wie er gearbeitet hat, das wurde in der »Gr. Pr.« bereits durch einen Artikel, der in Nr. 23 erschien, hervorgehoben; im Jahresbericht unseres Hauptvorstandes wurde diese Wirksamkeit dann noch eingehender und ausführlicher dargelegt. Trotzdem wird es noch recht beachtenswert und lehrreich sein, auf Grund der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik die Stellung, die unser Verband unter den deutschen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit im Jahre 1910 einnahm, durch einige vergleichende Zahlen herauszuheben.

In bezug auf die Zahl der Mitglieder steht unsere Organisation unter allen 53 Gewerkschaften, die nach der Statistik im Jahre 1910 bestanden, mit ihren 17215 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1910 an *einundzwanzigster Stelle*. An erster Stelle den tatsächlichen Mitgliederziffern nach steht der Verband der Metallarbeiter mit 415863, an letzter der der Notenstecher mit 425 Mitgliedern.

Das Prozentverhältnis der Organisierten zu den Organisationsfähigen läßt sich durch die Statistik der Generalkommission für die einzelnen Organisationen leider noch nicht ausweisen. Infolgedessen kann auch nicht positiv berechnet werden, an welcher Stelle unter allen deutschen Gewerkschaften unser Verband marschiert, wenn nicht die absoluten Mitgliederziffern, sondern die weit wichtigeren prozentualen Stärkeverhältnisse der Organisationen, d. h. also das Verhältnis der Zahl der Organisierten zur Zahl der Organisationsfähigen in den einzelnen von den Verbänden vertretenen Arbeiterkategorien, in Betracht gezogen werden. Da aber in der Statistik derartige Angaben, zwar nicht für die einzelnen Berufe, wohl aber für die Gewerbe- und Industriegruppen gemacht werden, läßt sich wenigstens feststellen, welche Stelle die Organisationen des polygraphischen Gewerbes insgesamt im Vergleich zu den Verbänden für die anderen Gewerbe- und Industriegruppen einnehmen. Und bei diesem Vergleich kann nun die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß die Organisationen des polygraphischen Gewerbes (Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter, Xylographen, Notenstecher) die Verbände aller anderen Gewerbe- und Industriegruppen weit hinter sich zurücklassen und mit 68,69 Proz. der Organisierten an *erster Stelle* marschieren.

Ueber zwei Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen des polygraphischen Gewerbes waren also 1910 bereits in den freien Gewerkschaften organisiert! In weitem Abstände folgen die Verbände der Gemeindearbeiter mit 40,97 Proz., der Holzindustrie mit 35,60 Proz., der Papier- und Lederindustrie mit 35,53 Proz., des Baugewerbes mit 33,21 Proz., der Metallindustrie mit 31,41 Proz., des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes mit 21,00 Proz., der Industrie der Steine und Erden mit 20,22 Proz., der Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 18,84 Proz., des Handels- und Transportgewerbes mit 15,49 Proz., der Textilindustrie mit 14,80 Proz., des Gärtner- gewerbes mit 9,15 Proz., der Gastwirtsgehilfen mit 3,85 Proz. und des Bergbaus mit 2,40 Proz. Die Verbände des polygraphischen Gewerbes sind also nach dem Prozentsatz der Organisierten weit aus die stärksten deutschen Gewerkschaften. Trotzdem muß auch in diesen noch fleißig

gearbeitet und rege agitiert werden, um auch den letzten Organisationsfähigen den Gewerkschaften einzureihen.

Auch in anderer Beziehung marschieren die Verbände des polygraphischen Gewerbes den meisten übrigen Organisationen weit voran. Das zeigt sich zunächst an einem Vergleich der Einnahme- und Ausgabeziffern im Jahre 1910. Der Statistiker der Generalkommission hebt zutreffend hervor: »Die absoluten Einnahmeziffern geben für die einzelnen Verbände keinen Ueberblick über die Leistungen der Mitglieder. Dieser kann nur gewonnen werden, wenn die Einnahme pro Kopf der Mitglieder berechnet wird.« Diese Auffassung trifft natürlich in demselben Maße für die Ausgabeziffern zur Berechnung der Leistungen der Organisationen an die Mitglieder zu.

Ein Vergleich der Einnahmeziffern lehrt, daß die deutschen Gewerkschaften insgesamt 1910 durchschnittlich pro Kopf der Mitglieder eine Einnahme von 31,91 Mk. erzielten. Weit über dem Durchschnitt stand unser Verband mit 68,47 Mk. Vor ihm rangierte nur der Verband der Stukkateure, der 1910 ungefähr dieselbe Summe an Extrasteuern wie an regulären Beiträgen erhob, mit einer Kopfeinnahme von 71,18 Mk. Unser Verband stand also in Bezug auf die Höhe der Einnahme pro Kopf der Mitglieder an *zweiter Stelle*. Ihm reihte sich an der Notenstecherverband mit 64,20 Mk., der Buchdruckerverband mit 58,41 Mk. und so fort bis zu dem inzwischen im Holzarbeiterverbände aufgegangenen Verbände der Schirmmacher mit 7,64 Mk.

Auch in Bezug auf die Höhe der reinen Beitragseinnahme nimmt unser Verband mit 56,95 Mk. pro Kopf die *zweite Stelle* ein; vor ihm steht der Verband der Notenstecher mit 58,01 Mk., während der Verband der Stukkateure, der in Bezug auf die Gesamteinnahme vor ihm stand, mit 24,54 Mk. reiner Beitragseinnahme pro Kopf erst an achtzehnter Stelle kommt.

In Bezug auf die Gesamtausgaben steht jedoch der Verband der Stukkateure wegen außerordentlich hoher Streikausgaben (48,77 Mk. pro Kopf!) mit 66,87 Mk. wie bei der Gesamteinnahme wieder obenan. Ihm folgt auch hier an *zweiter Stelle* unsere Organisation mit einer Gesamtausgabe von 58,93 Mk. pro Kopf; der Notenstecherverband nimmt auch hier mit 54,59 die dritte Stelle ein. Die niedrigste Gesamtausgabe hatte der Verband der Schirmmacher mit 8,93 Mk.

Von der Gesamtausgabe unseres Verbandes entfielen auf: Reiseunterstützung 1,70 Mk. (*dritte Stelle*, vor ihm Buchdrucker mit 3,62, Kupferschmiede mit 3,07 Mk.); Umzugsunterstützung 0,89 Mk. (*erste Stelle*); Arbeitslosenunterstützung 9,19 Mk. (*fünfte Stelle*, vor ihm Buchdrucker mit 16,01, Bildhauer mit 13,34, Xylographen 12,95, Glaser 10,91 Mk.); Krankenunterstützung 16,35 Mk. (*erste Stelle*); Invalidenunterstützung 9,23 Mk. (*zweite Stelle*, vor ihm Notenstecher mit 23,4 Mk.); Sterbefallunterstützung 0,94 Mk. (*sechste Stelle*, vor ihm Buchdrucker mit 1,37, Kupferschmiede mit 1,29, Notenstecher mit 1,06, Brauerei- und Mühlenarbeiter mit 1,05, Gemeindearbeiter mit 0,99 Mk.); sonstige Unterstützungen 2,52 Mk. (*erste Stelle*).

Da unsere Organisation im Jahre 1910 große und schwere Kämpfe nicht zu führen hatte, betrug die Ausgaben für Streiks nur 5,03 Mk. pro Kopf; sie steht in dieser Beziehung erst an *einundzwanzigster Stelle*. Die höchste Streikausgabe hatten die von der Bauarbeiterausperrung im vorigen Jahre schwer betroffenen Stukkateure mit 48,77 Mk., die niedrigste die Handlungsgehilfen mit 0,23 Mk. pro Kopf.

Im Uebrigen verausgabte unser Verband im Jahre 1910 pro Kopf für: Rechtsschutz 0,09 Mk. (er nimmt damit neben den Verbänden der Friseure, Kürschner und Porzellanarbeiter erst die *zweihunddreißigste Stelle* ein); Gemäßregelunterstützung 0,59 Mk. (er steht damit an *elfter Stelle*); Bildungszwecke (Verbandsorgan, Bibliotheken, Unterrichtskurse, Statistiken) 2,43 Mk. (womit er an *siebenter Stelle* steht); sonstige

Hilfe warten wollte, dann könnte noch so mancher arme Arbeitslose vor Hunger ins Gras beißen. Wenn die einzelnen Bundesstaaten die Aufwendungen in ihrem Lande gemacht hätten, die die Gewerkschaften für die Unterstützung der Arbeitslosen aufwendeten, dann hätten sie allein im Jahre 1909 folgende Summen ausgegeben müssen:

Preußen	5135136	S.-Coburg-Gotha	44681
Bayern	952879	Anhalt	52583
Sachsen	1234558	Schw.-Sonderhsh.	7684
Württemberg	198554	„ Rudolstadt	15474
Baden	280304	Waldeck	993
Hessen	150014	Reuß ältere Linie	7167
Mecklenb.-Schw.	74610	„ jüng. Linie	24739
Sachsen-Weimar	59155	Schaumb.-Lippe	10373
Mecklenburg-Str.	10759	Lippe	4961
Oldenburg	54275	Lübeck	77171
Braunschweig	112795	Bremen	148676
Sachs.-Meiningen	44436	Hamburg	554300
„ Altenburg	86741	Elsaß-Lothringen	53099

Besonders aber auch den Kommunen ist durch die Unterstützung Arbeitsloser durch die Gewerkschaften eine außerordentlich große Last abgenommen, denn sie sind ja im Falle der Not in erster Linie verpflichtet, im Armenrechtswege einzupfeilen und Hilfe zu leisten. So mancher Arbeitslose ist durch die tätige Hilfe seiner Gewerkschaft vor dem schweren und herabwürdigenden Gang nach der Armenverwaltung bewahrt geblieben, und die Armenverwaltungen wiederum haben ganz enorme Ausgaben erspart.

Die Ausgaben, die in den deutschen Großstädten für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet wurden, betragen im Jahre 1909 nach der Denkschrift der Generalkommission, die kürzlich herausgegeben wurde, in

Königsberg	46322	Köln	95502
Danzig	27292	Düsseldorf	48009
Berlin		Essen	24180
Charlottenburg		Duisburg	12721
Rixdorf	1973582	Barmen-Elberfeld	39460
Schöneberg		Aachen	24379
Stettin	88723	Krefeld	28410
Posen	19432	München	270976
Breslau	164160	Nürnberg	251590
Magdeburg	213063	Dresden	366843
Halle a. S.	82520	Leipzig	420180
Erfurt	29584	Chemnitz	105520
Kiel	80465	Plauen	25694
Hannover	243066	Stuttgart	96472
Dortmund	28002	Mannheim	70790
Oelsenkirchen	4850	Karlsruhe	49040
Bochum	11885	Braunschweig	88452
Frankfurt a. M.	141662	Hamburg-Altona	547107
Kassel	55389	Bremen	109379
Wienbaden	38303	Straßburg	28431

So groß diese Summen aber auch sind, so wird damit doch nicht bewiesen werden können, daß Reich, Staat oder Gemeinde diese Unterstützung nicht ausführen könnten. Es werden oft bedeutend höhere Aufwendungen für nicht so bedeutungsvolle Aufgaben gemacht, ohne daß dadurch der Staat ins Wanken gerät. Es ist eine außerordentlich kulturelle Tat, die die Gewerkschaft hier begeht, und gleichzeitig erfüllt sie die unangenehme und schwierige Aufgabe, die Schäden, die von der die Allgemeinheit schädigenden Kapitalisten- und Unternehmerklasse vollführt werden, bis zur Erträglichkeit auszuhäuten und herabzumindern. Selbstverständlich ist die Forderung derjenigen Genossen durchaus berechtigt, die da meinen, diese Lasten aufzubringen ist Sache des Staates, der Kommune, des Reiches. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß wir so lange nichts erreichen werden, wie die Arbeiterschaft nicht selbst die Wege bereitet und die Vorarbeiten in umfassendem Maße erledigt haben wird. Genau wie erst die freiwilligen Hilfskrankenvereine den Boden zur obligatorischen Krankenversicherung auf gesetzlicher Grundlage vorbereiten mußten, so wird das auch in dieser Frage nötig sein. Später wird dann die Gesetzgebung festlegen und reglementieren, was ziemlich allgemein eingeführt ist.

Die Gewerkschaften dürfen aber nicht unterlassen, die Öffentlichkeit wieder und immer wieder auf die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Misere aufmerksam zu machen. Die Zählungen der Arbeitslosen müssen, wenn sie nicht durch die Kommunen selbst betrieben werden, von den Gewerkschaftskartellen möglichst in jedem Jahre vorgenommen werden und mit dem gewonnenen Material muß immer aufs neue gefordert werden, daß zum mindesten eine kommunale Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen wird. Die Gewerkschaftsmitglieder können den Kartellen hier wertvolle Hilfe leisten, wenn sie sich der Zählarbeit unterziehen. Wenn die Arbeiterschaft nicht selbst alle Anstrengungen macht, eine tätige Mithilfe von Reich, Staat oder Gemeinde zu erlangen, dann wird sie noch sehr lange darauf warten können. Freiwillig ist ihr noch nichts entgegengebracht worden, und hier kann sie es erst recht nicht erwarten. G. K.

Ausgaben wie Agitation, Stellenvermittlung, Generalversammlungen und Konferenzen, Verwaltung usw. insgesamt 10,07 Mk. (womit er an neunzehnter Stelle rangiert).

Die Gegenüberstellung und Vergleiche der Einnahme- und Ausgabeziffern unseres Verbandes pro Kopf der Mitglieder müssen jedem unbefangenen Beurteiler zeigen, daß sich die Opfer, die für den Verband geleistet wurden, reichlich bezahlt gemacht haben. Und wenn unsere Organisation auch in Bezug auf die Leistungen der Mitglieder an den Verband unter allen deutschen Gewerkschaften in den vordersten Reihen marschiert, so steht sie andererseits auch wieder in Bezug auf die Leistungen des Verbandes an die Mitglieder an den ersten Stellen. Daraus ergibt sich, daß die für die Organisation aufbrachten Mittel vielfältige Früchte trugen.

Aber nicht nur zu den leistungsfähigsten, sondern auch zu den am besten fundierten Gewerkschaften gehörte unser Verband. Sein Vermögen betrug Ende 1910 56,84 Mk. pro Kopf. Mit dieser Summe rangiert er an vierter Stelle. Das größte Kopfvermögen hatten die Notensteher mit 202,71 Mk. Ihnen folgten die Buchdrucker mit 190,15 Mk. und die Xylographen mit 68,84 Mk., denen sich dann unser Verband anschloß. Das niedrigste Kopfvermögen hatten die Handlungsgehilfen mit 3,14 Mk. Die Organisationen des polygraphischen Gewerbes sind also auch in dieser Beziehung allen andern Gewerkschaften weit voraus. Der von ihnen erreichte höchste Prozentsatz der Organisierten und das größte Kopfvermögen bieten die sicherste Gewähr, daß sie — und unter ihnen nicht zuletzt unser Verband — auch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder stets tatkräftig zu vertreten vermögen.

## Streik in Höxter a. d. Weser.

Der Streik unserer Kollegen gegen die Firma Serong geht weiter. Die Firma sitzt auf hohem Roß und lehnte Verhandlungen, die durch den Gauleiter angebahnt wurden, mit der Begründung ab, sie habe ihren Entschluß gefaßt, von den alten Leuten keinen wieder einzustellen.

Übrigens scheint sich die Firma eine eigentümliche Vorstellung von der Solidarität der Arbeiter zu machen. Wenn man die Bedingungen ansieht, unter denen sie sich mit dem Personal einigen wollte, dann muß man unwillkürlich zu der Auffassung kommen, daß die Firma mit ihren Anschauungen über Arbeitersolidarität noch um 20 Jahre zurück ist.

Zunächst verlangte sie, das jeder Kollege bitten solle, wieder eingestellt zu werden. Ferner sollte sich jeder Einzelne verpflichten, wenn in Zukunft wieder Vertrauenspersonen entlassen werden, sich nicht solidarisch zu erklären und nicht von der Firma zu verlangen, bei eintretenden Differenzen mit Organisationsvertretern zu verhandeln. Daß unter solchen Bedingungen nicht an eine Einigung zu denken war, versteht sich von selbst.

Nun macht die Firma die größten Anstrengungen, um Ersatz zu bekommen. Selbstverständlich spielt der Lohn jetzt keine Rolle, die Firma zahlt, was verlangt wird, ja sogar noch mehr. Einem Kollegen, der 26 Mk. verlangte, bot sie freiwillig 28 Mk., und als das nicht zog, telegraphisch sogar 30 Mk. Hoffentlich hält dieses Entgegenkommen auch für die Zukunft an, dann werden künftig Differenzen am ehesten vermieden.

Wie überall, so sieht auch hier Polizei und bürgerliche Presse dem Unternehmer zur Verfügung. Die Firma fühlte das Bedürfnis, die Öffentlichkeit über die Ursachen des Streiks zu informieren durch ein Eingesandt in Form einer Annonce. Eine Erwiderung der Streikleitung wurde abgelehnt, sodaß diese gezwungen war, durch ein Flugblatt zu antworten. Aber dessen Herstellung verursachte noch einige Schwierigkeiten; mit allerlei Ausreden wurde sie von den Druckereien am Ort abgelehnt, vielleicht aus Furcht, von den Unternehmern boykottiert zu werden. Offenkundig haben wir noch Druckereien, die die Rache der Unternehmer nicht fürchten, wenn auch nicht in dieser Welt, so doch in Bielefeld; dort wurde das Flugblatt in wenigen Stunden hergestellt und ebenso schnell an die gesamten Einwohner von Höxter verbreitet.

Im übrigen werden wir ruhig abwarten, bis auch diese Firma genügend Erfahrungen mit den Arbeitswilligen gemacht hat und zu einer Einigung bereit ist.

## Gautag in Hildesheim.

Am 27. August fand der diesjährige Gautag des Gauess Hamburg-Hannover in Hildesheim statt. Vertreten waren 18 Zahlstellen durch 24 Delegierte; nicht vertreten war die Zahlstelle Lüneburg. Den Hauptvorstand vertrat Kollege Sillier.

Zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht gab der Gauvorsitzende Kollege Ulrich noch eingehende mündliche Erläuterungen, speziell über die Bewegungen im Gau und die neugeschaffene Organisation der Tapetendrucker. Ueber die Bewegungen sprachen auch die Vertreter der betreffenden Zahlstellen.

Ueber die gegenwärtige Situation im Gewerbe gab Kollege Ulrich einen ausführlichen Bericht, zu welchem gut ausgearbeitete Statistiken als Grundlage dienten. Die Diskussion zu beiden Berichten war recht lebhaft. Von den von verschiedenen Zahlstellen gestellten Anträgen wurden folgende angenommen:

1. Bei Agitation in den Gauen ist eine bessere Verständigung zwischen Hauptvorstand und Gauleitung herbeizuführen.

2. Dem Hauptvorstand und der Zentralkommission wird anheimgegeben, Mittel und Wege zu suchen, um der in unserem Gau noch stark auftretenden Heimarbeit unter den Formstechern energisch entgegen zu wirken.

3. Die auf dem Gautag vertretenen Formstecher halten es für unbedingt notwendig, daß vor Annahme eines Engagements der Lohn festgesetzt wird.

Eine recht lebhafte Debatte rief eine von der Zahlstelle Hannover eingebrachte Resolution hervor. Sie wurde schließlich angenommen und lautet wie folgt:

»Bzüglich der Ausnutzung unsrer Vertretungsrechte auf dem letzten Gewerkschaftskongresse bekundet der Gautag, daß er sich mit der Haltung, die unsere Kollegen dort zu einigen Fragen eingenommen haben, nicht einverstanden erklären kann. Er mißbilligt es, daß unsere Vertreter den aus verschiedenen Gewerkschaften gekommenen Anträgen, daß in Zukunft an der Gewerkschaftsschule nur solche Lehrer Unterricht in gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen erteilen sollen, die der sozialdemokratischen Partei angehören, ihre Unterstützung versagt haben. Es ist für klassenbewußte Arbeiter unfahrbar, daß an der Gewerkschaftsschule die Schüler für die Ziele der modernen Arbeiterbewegung begeistert werden sollen von Leuten, die diesen Zielen feindlich gegenüber stehen. Männer wie Herr Calwer, der durch seine Schriftstellerei den Kapitalisten in einem solchen Maße Helferdienste gegen die Gewerkschaften leistet, daß ihn die Deutsche Arbeitgeberzeitung, das Organ der schlimmsten Scharrmacher, nicht laut genug loben kann, und wie Herr Bernhard, der Direktor eines großen kapitalistischen Zeitungsunternehmens ist, sind nicht befähigt, den Arbeitern für den Klassenkampf das nötige Rüstzeug des Geistes zu liefern. Weiter bedauert der Gautag, daß es unsere Vertreter dadurch, daß sie die Erklärungen Legiens zu der Haltung des Korrespondenzblattes der Generalkommission stillschweigend hinnahmen, gutgeheißen haben, daß dieses Korrespondenzblatt den sozialdemokratischen Schriftsteller Pannekoek wegen seiner wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ursachen der in der letzten Zeit in der Arbeiterbewegung zwischen Massen und Führern öfters eingetretenen Meinungsverschiedenheiten in einer persönlichen, gehässigen und unkameradschaftlichen Weise bekämpft hat.«

Anmerkung. Bezugnehmend auf diese Resolution beschränken wir uns darauf, auf unsere Anmerkung zu der vom Gautag in Leipzig erlassenen gleichartigen Resolution in Nr. 36 der »Gr. Pr.« zu verweisen. Die »wissenschaftlichen« Untersuchungen des Astronomen Pannekoek über Probleme der Arbeiterbewegung werden der Gewerkschaftspresse hoffentlich auch in Zukunft nicht tabu sein.

Die Redaktion.

## Ortsberichte.

**Berlin.** Eine Massenversammlung der Berliner Lithographen und Steindruckers fand am 18. Septbr. in Moerners Riesensaal in der Koppenstraße statt, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Das Referat des Kollegen Haß über die Leipziger Bewegung wurde oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen und mit besonderem Beifall aufgenommen. Die Mitteilung, daß einige Kollegen die Verweigerung der Ueberstunden noch nicht durchgeführt haben, löste laute Pfuierte aus, ebenso die Schilderung des Verhaltens der Unternehmer bei den Verhandlungen. Dagegen wurde dem Beschluß der Gauvertreterkonferenz, die Bewegung auch auf die Schutzverbandsfirmen anderer Orte auszudehnen, durch anhaltenden Beifall begeistert zugestimmt. Die von einem kampfesfreudigen Geist besetzte und mit einem brausenden dreifachen Hoch auf den Verband geschlossene Versammlung akzeptierte einstimmig folgende Resolution: »Die am 18. September 1911 in Moerners Festsaal versammelten Lithographen und Steindruckers Berlins begrüßen mit Freuden die Bestrebungen der Leipziger Kollegenschaft, bessere Berufsverhältnisse zu schaffen. Die Versammlung schließt sich den durchaus berechtigten und durchführbaren Forderungen an. Sie verpflichtet sich, zur Unterstützung der kämpfenden

Kollegenschaft keine Ueberstunden und Heimarbeit für Schutzverbandsfirmen zu leisten und jede Streikarbeit strikte zu verweigern. Sie beauftragt die Verwaltungen, Maßnahmen zu treffen, um diesen Kampf tatkräftig zu unterstützen und verspricht, mit allen Mitteln die Position der Organisation zu verstärken.«

**Lehr 1. B.** Die Kollegenschaft faßte in ihrer letzten Versammlung nach gründlicher Aussprache über die Leipziger Bewegung den Beschluß, während der Dauer der Bewegung jede Ueberstunde in den Schutzverbandsfirmen zu verweigern. Sie sprach den kämpfenden Kollegen in Leipzig ihre volle Sympathie zu ihrem Vorgehen aus.

**Leipzig.** Am 18. September nahm eine wiederum überfüllte Versammlung der Leipziger Kollegenschaft im Volksbause Stellung zu den Verhandlungen mit den Schutzverbandsvertretern vom 15. Sept. Kollege Pfeiffer referierte. Die Mitteilung, daß sich noch eine Reihe anderer Städte nach dem Scheitern der Verhandlungen der Bewegung gegen den Schutzverband anschließen werden, wodurch der Kampf, wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Einigung erzielt wird, an Ausdehnung beträchtlich gewinnt, fand lebhafte Zustimmung. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß sich diejenigen Unternehmer, die sich jetzt dem Schutzverbande anvertraut haben, nach den Ausführungen bei den Verhandlungen jeder Möglichkeit beraubten, sich mit uns ins Einvernehmen zu setzen. Inzwischen wurden in Leipzig auch noch die in den kleineren Privatlithographen beschäftigten Lithographen in die Bewegung mit einbezogen, da ihnen Streikarbeit zugemutet wurde. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an: »Die am 18. September 1911 im Volksbause tagende von 3000 Kollegen besuchte Versammlung billigt die Haltung der Streikleitung; sie bedauert, daß die Unternehmer so geringes Entgegenkommen gezeigt haben und erwartet ausreichende Zugeständnisse. Bei Ausbleiben weiterer Zugeständnisse erklärt die Versammlung aufs neue, den unvermeidlichen Kampf bis zum Ende durchzuführen.« Ein Sympathietelegramm der Wiener Kollegen wurde durch folgende Depesche beantwortet: »3000 versammelte Leipziger danken den Wiener Kollegen. Hoch die internationale Solidarität!« — Vor Eintritt in die Tagesordnung zerplückte Kollege Herbst einige Lügennotizen der gegerischen Presse. Besonders stellte er gegenüber der Mitteilung des Schutzverbandsorgans, die Kündigungsbriefe seien bereits vor dem Beschluß zur Einreichung der Kündigungen zur Post gegeben worden, fest, daß sie sämtlich gleichzeitig erst nach der Beschlußfassung zum Briefkasten befördert worden sind.

**Meißen.** Einen zeitgemäßen, wissenschaftlichen Vortrag bot die hiesige Ortsverwaltung den Mitgliedern in der Versammlung vom 2. September. Genosse König-Niederlöbnitz referierte über »Geschichte und Technik der Feuerbestattung«. Die verschiedenen Bestattungsarten der alten und neuen Zeit behandelnd, kennzeichnete er die Feuerbestattung als bedeutendste. Er erwähnte, daß sie bereits von den Urchristen ausgeübt wurde. In Deutschland fand die erste Verbrennung im Jahre 1874 zu Dresden statt. Vom Standpunkt der Hygiene sowie aus Sparsamkeitsgründen solle die Arbeiterklasse jederzeit für die Feuerbestattung eintreten. Mit größtem Interesse folgten die Kollegen dem Vortrag und zollten dem Redner reichen Beifall. Zu bedauern war es nur, daß so wenige Kollegen erschienen waren. Pflicht aller Kollegen ist es, durch Teilnahme an Versammlungen und Veranstaltungen des Verbandes im Interesse der Gesamtheit tätig zu sein. Jeder Einzelne agitiere für die Stärkung der Organisation und lasse sich nie durch persönliche Zwischenfälle vom großen Ziel abdrängen. Nur eine einige, geschlossene Organisation kann auf endgültigen Erfolg hoffen. Dieses mögen sich auch die Meißenener Kollegen stets vor Augen halten.

## Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schnötter, Hannover.

## Die Lithographin.

V.  
Für die Millionen Frauen, die heute der Kapitalismus zwingt, sich dem Erwerbseben zuwenden, ist natürlich die Berufswahl zu einer der wichtigsten und folgenschwersten Entscheidungen im Leben geworden. Es ist daher erklärlich, daß nun überall auch solche Leute auftauchen, die sich berufen fühlen, den Frauen in der Lösung dieser schwierigen Aufgabe mit »guten Ratschlägen« zu dienen. Wären diese Leute befähigt, in solchen Angelegenheiten einen wirklich guten, auf großer Sachkenntnis beruhenden Rat zu erteilen, so hätte man selbstverständlich auch gar keinen Grund, ihnen in ihrem Tun in irgend einer Weise hinderlich zu sein. Aber wie wir gesehen haben, trifft diese Voraussetzung bei diesen Ratgebern in der Regel nicht zu. Es sind

eben meist Leute aus bürgerlichen Kreisen, die selbst noch gar keine Gelegenheit gefunden haben aus eigener Anschauung kennen zu lernen, welche Kräfte zur Ausübung einer bestimmten gewerblichen Tätigkeit erforderlich sind. Wie soll es ihnen da auch möglich sein, über solche heiklen Fragen sachgemäß Auskunft zu erteilen! Viele dieser Leute mögen ja den guten Willen haben, ihren wirtschaftlich schlechter gestellten Mitmenschen durch einen Rat einen nützlichen Dienst zu erweisen; aber mit dem guten Willen allein ist es eben in Sachen der Berufsberatung nicht getan!

Eine wirklich gemeinnützige Berufsberatung für die Frauen — es kommen ja nur Proletarierinnen hierbei in Frage —, die gezwungen sind, sich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft den Lebensunterhalt zu erwerben, kann eben nur in den Gewerkschaften durchgeführt werden. Welche Eigenschaften und Fähigkeiten ein Beruf zu seiner Ausübung erfordert, und welche Verdienstmöglichkeiten er bietet, darüber können nur solche Leute eine klare Auskunft geben, die diesen Beruf selbst erlernt haben und auch selbst betreiben. Durch die Auskünfte berufsbekannter Leute entsteht in der Regel nur großes Unheil.

Weil es so ist und auch gar nicht anders sein kann, darum haben wir allen Anlaß, stets darauf zu achten, ob sich irgendwo unberufene Leute mit solchen Aufgaben befassen. Wo dieses geschieht, haben wir diesen »Ratgebern« immer rechtzeitig entgegenzutreten. Gegenwärtig tritt das unverantwortliche Treiben dieser Leute immer mehr in Erscheinung. Es hängt dies mit dem gewaltigen Steigen der Nachfrage der Frauen nach Erwerbsarbeit zusammen. Eine größere Anzahl sogenannter frauenrechtlicher gemeinnütziger Organisationen (bürgerlicher Richtung) plant sogar zum 29. und 30. September in Berlin eine Konferenz über die Berufsberatung für das weibliche Geschlecht. Man darf da wieder darauf gespannt sein, was für Weisungen man dort bezüglich der Zuführung der Frauen zu unserm Beruf erteilen wird. Gegenüber einer Verbreitung falscher Anschauungen über die Lithographie werden wir uns jedenfalls nicht still verhalten!

Wie weit dieses Treiben dieser Frauenberater schon um sich gegriffen hat, ersieht man daraus, daß in Berlin nun auch ein Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau ins Leben getreten ist, der zur Betreibung seiner Zwecke unter der Leitung einer Frau Lischniewska ein besonderes Bureau unterhält. Auch unsere dortige Lithographenfiliale wurde schon von dieser Frau mit einem Schreiben beglückt. Es wird darin angekündigt, daß der Verband für handwerksmäßige Ausbildung der Frau die Absicht habe, im Lithographiegewerbe weibliche Lehrlinge mit ordnungsgemäßer Lehrzeit einzustellen. Es sei dies, so heißt es weiter, ein neuer, bahnbrechender Schritt, weshalb wohl Mißverständnisse und Widersprüche nicht ausbleiben könnten. Der Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau müßte es aber aufs tiefste bedauern, wenn die organisierten Lithographengehilfen den jungen Mädchen, die in die Lehre treten, unfreundlich begegnen würden. Er spreche daher unserer Verbandsleitung die dringende Bitte aus, unter den Lithographen dahin zu wirken, daß der einen neuen Arbeitsweg beschreitenden Frau ohne Unfreundlichkeit gegenübergetreten werde.

Auf dieses Schreiben hin bekam diese Frau Lischniewska von der Leitung unserer Berliner Lithographenfiliale unter anderem folgendes zur Antwort: »Es wird dem Vorstände des Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau bekannt sein, daß die freien Gewerkschaften, zu denen sich auch unser Verband zählt, von jeher den Grundsatz der Gleichberechtigung der Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben vertreten haben. An diesem Grundsatz halten wir auch in Zukunft fest. Zur gefälligen Beachtung erlauben wir uns aber den Hinweis, daß im Lithographiegewerbe zwischen den Gehilfen und den Unternehmern die Vereinbarung besteht, daß auf vier Gehilfen nur ein Lehrling ausgebildet werden darf. Ferner gibt es in Berlin und seinen Vororten eine Reihe Anstalten, wo die Ausbildung der Lehrlinge sehr mangelhaft ist. Wir sprechen daher die Erwartung aus, daß vor Abschluß von Lehrverträgen in unserem Verbandsbureau, Engelufer 15, Erkundigungen einzugehen werden. Sollten von Anfang an die weiblichen Arbeitskräfte als Lohndrücker auftreten, so würde sich allerdings ein Widerstand unter den organisierten Gehilfen bemerkbar machen. Im andern Falle aber haben sie eine gute Stütze an den Gehilfen zur Erlangung auskömmlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen.«

Diese Antwort war korrekt! Wollen diese Leute, daß wir ihrem Tun keinen Widerstand entgegensetzen, so müssen sie sich unserer Forderung fügen, daß sie sich bei der Einstellung von weiblichen Lehrlingen in unserm Gewerbe stets mit uns ins Einvernehmen setzen. Wir müssen darauf bestehen, daß eine Aufklärung über das Wesen der Lithographie, über die Anforderungen, die die Lithographie an den Körper und den Geist des Lernenden stellt und die Verdienstmöglichkeiten, die sie den Frauen bietet, jedem jungen Mädchen, das man der Lithographie zuweisen will, von unserer Seite erst zu teil werde. Nur so ist es möglich, daß Frauen vor falschen Erwartungen bewahrt bleiben und unser Beruf keine Schädigung erleidet.

Will es ein junges Mädchen dann trotzdem wagen, nachdem ihm von uns die nötige Aufklärung gegeben worden ist, sich der Lithographie zuzuwenden, so soll es uns recht sein! Wir glauben aber, daß fast jedes dann lieber darauf verzichten wird, ein solches Wagemut zu unternehmen. Es wird einer Lithographin ja auch später sehr schwer werden, eine Stellung zu finden, falls sie sich nicht als Lohndrückerin gebrauchen lassen will. Es ist eben eine Tatsache, daß, wie wir in unserem ersten Artikel hervorgehoben haben, in der Regel die Frau neben dem Manne oder an seiner Statt im Gewerbeleben nur dort Beschäftigung findet, wo ihre materiellen Anforderungen geringer sind als die des Mannes.

Daß das Unternehmertum in der erwerbstätigen Frau wirklich nichts anderes sieht als eine Lohndrückerin, das bekundet es offen. Wir wollen nicht unterlassen, ein solches Eingeständnis aus Unternehmerrreisen hier anzuführen, das für uns besonders interessant ist.

Diese Frau Maria Lischniewska will natürlich weibliche Lehrlinge nicht nur in der Lithographie, sondern auch in vielen andern Berufen unterbringen. So redete sie zum Beispiel auch im Berliner Tageblatt einer Zulassung der Frau zur Erlernung des Buchdruckerberufs das Wort. Doch konnte sie für ihr Anliegen bei den organisierten Buchdruckerei-Unternehmern aus bestimmten Gründen nicht das nötige Entgegenkommen finden. Die Zeitschrift, das Organ der Buchdruckereiunternehmer, schrieb nämlich dazu: »Mancher Prinzipal, der heute in der Schriftsetzerin nur eine billige Arbeitskraft erblickt, übersieht, daß diese billige Arbeitskraft auch einmal zu einer billigen Konkurrenz auswachsen kann. Und das um so mehr, wenn sich die Schriftsetzerin im Lebensbunde mit einem Buchdruckergehilfen zusammenfindet, die dann sich zur Gründung eines Geschäfts leichter entschließen könnten als der einzelne Gehilfe. Kurzum, wir haben nicht das Bestreben, unser Gewerbe im Sinne der Frau Lischniewska zu reorganisieren und haben demzufolge in dieser Hinsicht dieselben Interessen wie die Gehilfenschaft.«

Was man hier für das Buchdruckgewerbe befürchtet, könnte natürlich in der Lithographie, hauptsächlich in der Privatlithographie, noch viel eher eintreten. Darum sollten sich besonders unsere Privatlithographen diese Auslassung des Organs der Buchdruckereiunternehmer sehr zur Lehre dienen lassen! Sie sollten erkennen, daß sie sich unter Umständen selbst die schlimmste Konkurrenz großziehen würden, wenn sie sich befleißigen, sich den im vorigen Artikel erwähnten Empfehlungen jenes Herrn Sprüngli in Düsseldorf würdig zu erweisen!

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Lino-  
leum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden drucker.  
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg  
Rittigstr. 24.

### Aus den Sektionen.

**Berlin.** Am 2. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Besuch ließ, wie in den letzten Versammlungen überhaupt, zu wünschen übrig. Wie überall, so sind auch in Berlin die Herren Versammlungsschwänzer meistens immer dieselben, aber auch diejenigen, die den Verband in bezug auf Unterstützungen am eifrigsten in Anspruch nehmen. — U. a. wurde der Artikel über die Formstecherorganisation in Amerika in Nr. 35 der »Gr. Pr.« einer Diskussion unterzogen. Hauptsächlich wurde gegen das System der ungeheuren Eintrittsgelder protestiert, das die Freizügigkeit des Arbeiters unterbindet. Trotzdem anerkannt wurde, daß die dortigen Verhältnisse und Gesetze, die von den unsern grundverschieden sind, die Entwicklungsform der Organisation nach dieser Richtung hin zeitig hatten, wurde die Erhebung derartiger Eintrittsgelder entschieden verurteilt. Da

man doch in der amerikanischen Organisation einen verhältnismäßig niedrigen Beitrag für ausreichend hält, um die Interessen der Mitglieder zu wahren, so kann das Wohl und Wehe doch nicht allein von dem Eintrittsgeld abhängig sein. Kollegial ist eine derartige Einrichtung auf keinen Fall. Nachdem noch zu reger Beteiligung an den Kundgebungen gegen den Krieg aufgefordert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.



## Feuilleton.

### Die internationale Hygiene-Ausstellung.

IV.

An Hygiene, die Göttin der Gesundheit:

Höchst zu verehrend Du, allerhimmlische Göttin  
Gesundheit,  
lebe, ach, möcht ich mit Dir, die irdische Spanne  
zu Ende!  
Sei mir freundlich geneigt fortan im Hause,  
Genossin,  
niemals gab es ein Glück, kam nicht die Wehne  
von Dir.

Aus einem Piriám des Arifon des Sikyon.

Zweifelloß die vollkommenste Abteilung der Ausstellung ist die historische. Sie bietet mehr als eine Darstellung der Hygiene. Mit erstaunlichem Fleiß und größter Sorgfalt ist alles zusammengetragen, was uns Aufschluß geben kann über Leben und Treiben längst vergangener Zeiten und so erstet, durchwandeln wir die umfangreichen Hallen, ein Bild des kulturellen Aufstieges des Menschengeschlechtes. Nicht immer aufwärts führt der Weg. Von der stolzen Höhe der antiken Kultur ging es abgründig hinab in das Mittelalter, viele, viele Kulturereigenschaften sind wieder verloren gegangen, dann aber führt der Weg der Menschheit wieder aufwärts, unaufhaltsam, lichten freien Höhen zu, die freilich noch lange nicht erreicht worden sind.

Manches bleibt dem ungeschulten Beschauer unverständlich, besonders die Ueberbleibsel, aus denen der Eingeweihte wichtige Schlüsse zu ziehen versteht. Einige Schenkelknochen — Was sagen sie uns? Der Forscher erkennt daran gichtische Schwellungen, die uns schließen lassen auf die feuchten ungesunden Wohnungen unserer Vorfahren. Tabellen zeigen uns, wie die Wissenschaft im Staude ist, am Skelett das ungefähre Alter der Menschen zu bestimmen. 500 Skelette aus Dänemark. Durchschnittsalter 41 Jahre, höher als das Durchschnittsalter der heutigen Menschheit.

Aus der fernem Bronzezeit erzählen uns die umfangreichen Gräber von religiösem Kult und stark ausgeprägter Pietät. Ein Bild zeigt uns, wie die Menschen ihre Wohnungen zum Schutze gegen Raubzeug auf Pfahlbauten in den Teichen und Seen errichteten. Ja, die Grundrisse der Häuser aus der jüngeren Steinzeit beweisen schon höhere Kulturansprüche. Unter Felshänge baute der Steinzeitmensch seine Wohnung, Schutz suchend vor den Unbilden der Witterung.

Assyrien und Babylon. Ein raues Volk. Unerbittliche Wiedervergeitung ist der Grundgedanke der Moral. »Wenn jemand einem Andern das Auge zerstört, so soll auch sein Auge zerstört werden. Wer eines Andern Knochen zerbricht, dessen Knochen sollen auch zerbrochen werden. Wenn jemand einem Andern einen Zahn ausschlägt, so soll man ihm auch einen Zahn ausschlagen.« So sagt das Gesetz des Hammurabi 2000 J. v. Chr. Steinreliefs führen uns Personen mit Insektenwedeln vor, die besonders beim Mahle ihres Amtes walteten. Ist daraus nicht zu ersehen, daß man schon in der babylonischen Zeit die verderbliche Einwirkung der Insekten auf menschliche Nahrung, ja, auf die Volksgesundheit erkannt hat? Gut gemauerte Brunnen regeln die Wasserversorgung, Gesetze über Regelung der Sklaverei, hygienische Waschungen, Schonungspflicht der Schwangeren etc. führen ein in die Sitten des Volkes.

Im nächsten Raum ist dargestellt eine Rekonstruktion der salomonischen Teiche, bestimmt, das Regenwasser aufzufangen, um Zeiten der Dürre vorzubehalten. Balsam für ein Abstinenzherz ist die Tempelinschrift: »Ein Spötter ist der Wein, ein Krakeeler der Meth, ein Narr, wer sich an ihm berauscht. Sieh nicht den Wein an, wie er im Becher seine Farbe wiederstrahlt, wie er glatt hinunterhüpft; am Ende beißt er wie eine Schlange und sticht wie ein Basilisk.« — Unsern Schnapsjunkern gehört der Tempelspruch: »Wer die Lebensmittelpreise in unberechtigter Weise in die Höhe treibt, darf von den Behörden mit Geißelbüh oder andern Mitteln bestraft werden.« Ein probates Mittel, diesen Blutsaugern des Volkes das Handwerk zu legen. Heute sind die Brotverteuerer »Stützen des Staates«. In den Schränken wohlverwahrt ruhen allerbührende Tavorollen, die Gesetzbücher der Juden, vom Alter tiebraun gefärbt. Ein Zelt der Wüsten semiten, leicht gebaut: einige Stangen, behängt mit dicken Tüchern, das ist alles. So recht passend für das Wüstenleben der alten Juden, das wir in der Bibel geschildert finden.

Ägypten. Die ungeheure Pyramide des Königs Sahu-Re ist im Modell vertreten; die sorgfältige Entwässerungsanlage und das ungeheure Bauwerk selbst kennzeichnen die furchtbare Sklaverei des

Volkes. Viele Tausende Menschen mußten Jahrzehnte fronden, mißhandelt, blutig geschlagen von Geißelbeiben der Aufseher, um ein Grabmal des Königs herzustellen! Einige Hausbäder, Fußboden mit Kalksteinplatten belegt, zeigen das Reinlichkeitsbedürfnis der Ägypter.

Wir kommen zur Antike. Die im Modelle vorgeführten prächtigen öffentlichen Bäder reden von der Körperpflege und Reinlichkeit in altklassischer Zeit. Wir sehen da die Carakalla-Thermen in Rom, aus der Kaiserzeit, die großartige altrömische Provinzstadt Salona in Dalmatien. Das Modell dieser Stadt zeigt uns die öffentlichen Anlagen. Uns fesselt die Kanalisation und die Wasserleitung. In abgedeckten, massiv gemauerten Gräben wird allen Straßen das Trinkwasser zugeführt, Bleirohre leiten es in die Häuser. Auch die Abortanlagen sind interessant. Die öffentliche Abortanlage von Timgad, eines altrömischen Provinzstädtchens, ist untergebracht in einem zirkusähnlichen Gebäude. Von gegen 50 Sitzplätzen fallen die Fäkalien direkt in Kanäle, wo sie reichliches Wasser forspült. Die Abflußröhren sind mit Mörtel gedichtet, damit kein Unrat in die Erde sickern kann. Wie weit bleiben viele Städte auch heute noch hinter diesem Abfuhrwesen der Römer zurück! Die Häuser Pompejis zeigen umfangreiche Säulengänge. Nach außen fast kein Fenster, die Küche ist vorzüglich eingerichtet, auch das Bad fehlt nicht. Eine Molkerei weist hin auf die ausgedehnte Landwirtschaft. Die Goldarbeiten sind von wunderbarer Feinheit. Eine Speisefolge des Römers Martial aus der mittleren Zeit der römischen Republik weist nur 18 Gänge auf. Neben modernen Gerichten wie Hasen- und Hühnerbraten etc. finden wir Seeigel, Purpurschnecken u. a. m. Guten Appetit! Aus der Fülle von Material sei erwähnt: Große tönernerne Badewannen aus dem Palast des Königs Minos in Knossos auf Kreta. Auch Wasserleitung und Kanalisation war hier vorhanden. In den heutigen Städten Kretas ist davon keine Spur zu finden. Matt und faul zieht der türkische Wasserverkäufer durch die Straßen, unablässig ruft er sein heiseres »Nero« (kauft Wasser). — Modelliert sind ferner die herrlichen Körperformen hellenischer Jungfrauen und Jünglinge, Erfolge des so lebhaft betriebenen Sportes, Spieles und Tanzes und es ist kein Wunder, wenn Lyurg ausruft: »Die feierlichen Aufzüge der Jungfrauen, ihr Entkleiden und die Wettkämpfe vor den Augen der Jünglinge sind ein mächtiger Anreiz zum Heiraten.« Aber auch der Alkohol spielte eine Rolle. Fragt doch der Arzt Galenos: »Weshalb ist, wie in den meisten Fällen, der Samen Betrunkenener nicht zeugungsfähig?« Nicht weniger wie 15 Räume sind der Antike gewidmet und alle sind angefüllt von Beweisen einer hohen Kultur.

Nichts oder fast nichts mehr zu spüren davon ist im Mittelalter. Schmale, enge Gäßchen durchziehen die Stadt. Auf dem Platze vor dem Rathaus befindet sich das Bad, in dem sich, von Präterite unangekränkt, Männlein und Weiblein tummeln. Zwischen den Hinterfronten der Häuser fallen aus den Erkeraborten die Fäkalien direkt in die Wasstgassen. Man verläßt sich auf den Sturzregen, der alles hinwegschwemmen soll. Wasserleitungen kannte man nicht. Einige Zieh- oder Schöpfbrunnen sammelten das verseuchte Wasser. Kein Wunder, daß eine Epidemie die andere ablöste. In den Irrenhäusern wurden die Kranken behandelt schlimmer wie Strafgefangene. Durch grausame Fesselung, Zwangsstühle und andere Foltern machte man sie unschädlich.

Harie Anlagen mußte die Leitung erfahren, weil sie die moderne Heimarbeit von der Ausstellung ferngehalten hat. Aus der Mitte des 19. Jahrhunderts finden wir eine Weberhütte rekonstruiert. Die

Ausstellungsleitung macht noch drastisch auf alle Mißstände aufmerksam. Hier ist es ja ungefährlich und erregt bei den Herren der heutigen Industrie keinen Anstoß. In einem Raum befindet sich ein Bett für die fünfköpfige Familie und eine Kinderwiege. Die Frau sitzt am Webstuhl. An der Seite befindet sich der große Kochofen. Auf dem mit Schmutz und Unrat bedeckten Boden tummeln sich die Hühner, der Haushund und die — Schweine. Wohnung, Werkstatt und Stall, alles in einem Raum! Allerdings: Borstentiere sind in den Höhlen, in denen sich das moderne Elend der Heimarbeit eingerichtet hat, nicht zu finden. Der Heimarbeiter von heute ist zu arm dazu!

Die Abteilung ist chronologisch geordnet. Je mehr wir uns ihrem Ende nähern, desto vertrauter werden die Einrichtungen und endlich stehen wir in der Gegenwart, die spezialisiert in vielen Spezialabteilungen vertreten ist.

Ein Schlußartikel soll noch eine Nachlese halten aus der Fülle von Material, das trotz aller Mängel und Fehler die Ausstellung uns bietet und das wir verwerten können in dem Kulturkampfe, den die Arbeiterschaft führt.

### Vom Büchertisch.

**Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe** (Deutscher Senefelder-Bund). *Jahresbericht von 1910.* Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamstr. 27. 32 Seiten 8°. Preis 1 Mk.

Nachdem bereits in Nr. 23 der »Graph. Presse« ein gedrängter Ueberblick über das Wirken und die Entwicklung unserer Organisation im verflossenen Jahre gegeben werden konnte, wird in dem nunmehr vorliegenden eingehenden Jahresbericht des Hauptvorstandes diese Wirksamkeit ausführlich gewürdigt. Nach einem Ueberblick über die Lage des Wirtschaftsmarktes und den Stand der Arbeitslosigkeit schildert der Bericht die Mitgliederbewegung, die Kassenverhältnisse und die Lohnbewegungen unseres Verbandes im Jahre 1910. Die Zahl der an letzteren Beteiligten war im vergangenen Jahre höher wie in den Jahren 1907 bis 1909 zusammengekommen! Der Bericht legt Zeugnis ab von dem segensreichen Wirken unserer Organisation und muß jeden, der ihn aufmerksam liest, erneut von dem großen Wert des Verbandes überzeugen.

**Protokoll der Verhandlungen des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands**, abgehalten zu Dresden vom 26. Juni bis 1. Juli 1911, und der dritten Konferenz der Arbeitersekretäre, abgehalten zu Dresden am 3. und 4. Juli 1911. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien), Berlin. 448 Seiten 8°. Preis für die Mitglieder der Gewerkschaften 25 Pf., im Buchhandel 1 Mk.

Das 28 Bogen starke Protokoll ist eine steno-graphische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben. Die Schrift verdient die weiteste Verbreitung.

**Winter-Programm für das Jahr 1911/12** Winke und Ratschläge. Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. 29 Seiten 8°.

Das Winterprogramm hat den Zweck, den örtlichen Bildungsausschüssen für die Praxis der

Bildungsarbeit Anregungen und Ratschläge zu geben. Es enthält Angaben über die Organisation der örtlichen Bildungsausschüsse und der Bezirksbildungsausschüsse, deren Einsetzung von der Zentrale dringend gewünscht wird. Genaue Mitteilungen macht das Winterprogramm über die wissenschaftlichen Wanderkurse, die Vorbereitung und die Einrichtung der Kurse, über die Kosten, sowie über die Kursdispositionen der ständigen Wanderredner Duncker, Röhle und Graf und einiger gelegentlicher Mitarbeiter. Weitere Abschnitte des Winterprogramms beschäftigen sich mit den Fragen der Jugendschriften, der künstlerischen und geselligen Veranstaltungen und der Theatervorstellungen für Arbeiter. Den Schluß bildet ein Entwurf zu einem Arbeitsplan für einen örtlichen Bildungsausschuß. Das Winterprogramm wird an Interessenten gratis versandt. Es wird allen im Arbeiter-Bildungswesen tätigen Personen ein guter Ratgeber und Förderer sein.

**Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner.** Von Dr. August Erdmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, O. m. b. H., Berlin SW. 68. 174 Seiten 8°. Preis gebunden 2,— Mk.

Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind, und zwar sind es Urteile günstiger Art, die hier zusammengestellt sind. Den agitatorisch, herderisch und schriftstellerisch für die Partei tätigen Genossen dürfte mit diesem Buch eine ausgezeichnete Waffe in die Hand gegeben sein.

**Anarchismus und Sozialismus.** Von Georg Plechanow. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, O. m. b. H., Berlin SW. 68. 84 Seiten 8°. Preis 1 Mk., Volksausgabe 50 Pf.

Die Broschüre Plechanows erschien erstmalig im Jahre 1894, wo die Propaganda der Tat lebhafter als je am Werke war. Trotzdem der Anarchismus heute immer mehr seiner Auflösung entgegengeht, hat er doch, besonders im westlichen Europa, im »revolutionären« Syndikalismus einen bereitstehenden Erben gefunden, sodaß das soeben erfolgte Erscheinen der Schrift in dritter Auflage nur zu begrüßen ist. Sie wird als Streitschrift gegen den Syndikalismus ebenso gute Dienste tun, wie sie vor fast zwei Jahrzehnten ihre Aufgaben gegen den damaligen Anarchismus erfüllt hat.

**Geschichte des Verbandes der Kupferschmiede.** Mit einem Rückblick auf die Kupferschmiede-Brüderschaften bis zur Gründung des Verbandes. Herausgegeben auf Beschluß der Generalversammlung in Mannheim zum 25jährigen Verbandsjubiläum (1. Juli 1911). Im Auftrage des Zentralvorstandes bearbeitet von J. Saupe. 300 Seiten 8°. Preis 3 Mk.

Die Schrift entstand aus Anlaß der Vierteljahrshundertfeier des Verbandes, dessen Geschichte sie schildert. Ohne auf die Geschichte des Kupferschmiedehandwerks selbst näher einzugehen, werden einleitend in dem Buche einige Dokumente aus dem 17. und 18. Jahrhundert abgedruckt, die erkennen lassen, welch weitgehenden Einfluß die Zünfte auf die Gesellenbrüderschaften ausübten. Auch die weitere Entwicklung dieser Brüderschaften, aus denen später der Verband der Kupferschmiede herausgewachsen ist, wird eingehend geschildert. Vor allen Dingen wird aber die Geschichte des Verbandes selbst von Etappe zu Etappe gewissenhaft dargelegt. Dadurch gestaltet sich die Jubiläumsschrift zu einem wertvollen Beitrag für eine Geschichte der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung.

**Alle Zuschriften** und Geldsendungen, die Insertion betreffend, sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

**Durchaus tüchtiger Auto-Aetzer** für dauernde Stellung gesucht. Ausführliche Offerten an [210] Carl Closhelm, Frankfurt a. M.

**Auto-Aetzer.** Nur erste Kraft für Maschinen etc. findet sofort Stellung. Proben u. Zeugnisse mit Gehaltsanspr. erwünscht A. Krämer, 240] Stuttgart, Lindhausstr. 68.

270] **Tüchtiger Dreifarbenätzer** findet dauernde, angen. Stellung. Angebote mit ausführl. Beschreibungen an Graph. Kunstanst. S. Bakker Jz. Koog-Zaandik bei Amsterdam.

Mehrere tüchtige **Auto-Aetzer** zum baldigen Antritt in dauernde Stellung gesucht. Bewerbungen an [210] J. O. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.

Für unsere Kupferdruckerei suchen wir zum baldigen Eintritt einen [390] **Faktor.**

Derselbe muß durchaus selbständig im Ausdruck von Farbplatten sein, ebenso perfekt farbige Radierungen drucken können. Wir reflektieren nur auf eine allererste Kraft. Angebote mit Gehaltsansprüchen sowie Zeugnisabschriften an Bischoff & Höfle, G. m. b. H., München, Kaulbachstr. 51 a.

**Ein tücht. Aufzeichner** sowie ein **älterer Stecher,** welcher in der Lage ist, einer größeren Stecherei als Meister vorzustehen, werden durch den Arbeits-Nachweis gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24.

**Chiffre-Insertate** finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

Gesucht nach Bern (Schweiz)

**Merkantillithograph,** der in engl. Schrift Tüchtiges leistet. Auskunft erteilt A. Greuter, Arbeitsnachweis des Schweiz. Lithogr.-[220] Bundes, Bern, Kapellenstr. 6.

**Graphische Fachklassen** Buchdruck, Matr.-Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

■ ■ Verschiedenes ■ ■

 **Die besten Spritzapparate** liefert **Leipziger Tangler-Manier,** Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.

**1 Massanzug 16 M.** Md. Dess. Must. fr. Eg. Gruner, Ratibor 49

165] **„Matt-Lack“.** Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. **F. Hantke,** Maschinemeister, Hamburg 22, Woldorferstr. 60.

■ ■ Fachliteratur. ■ ■

**Der praktische Umdrucker.** Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. **Der Aluminiumdruck (Algraphie).** Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz.**

■ ■ **Verbandsnachrichten** ■ ■  
Der Steindruckere **Max Neubert** wird von seinen Eltern um Angabe seiner Adresse gebeten. Kollegen wollen ihn auf das Inserat aufmerksam machen. **Ed. Neubert, Dresden,** Pöttenhauerstr. 62/1. [240]